

# **Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs**

**zum 58. Österreichischen Gemeindetag  
in Kitzbühel**

**9. und 10. Juni 2011**

I.	Vorwort	5
II.	Einleitung	7
III.	Veranstaltungen und Highlights	13
	<i>57. Österreichischer Gemeindetag in Graz</i>	13
	<i>Bürgermeisterreise nach Belgien</i>	15
	<i>Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft</i>	16
	<i>Netzwerk Bildung</i>	17
	<i>Neujahrsempfang</i>	18
	<i>Personelle Weichenstellungen</i>	19
	<i>Stabilitätspakt 2011 und Pflegefonds</i>	19
	<i>Vorschau Kommunale Sommergespräche 2011</i>	20
IV.	Gemeindefinanzen	21
	<i>IV.a. Herausforderung Stabilitätspakt 2011 und Pflegefonds</i>	21
	<i>IV.b. Gemeindeeinnahmen</i>	23
	<i>IV.c. Evaluierung und Reform des Finanzausgleichs</i>	26
	<i>IV.d. Getränkesteuerausgleich</i>	27
V.	Legistik und inhaltliche Arbeitsschwerpunkte	29
	<i>V.a. Schwerpunkt Schule und Kinderbetreuung</i>	29
	<i>V.b. Soziale Absicherung der Bürgermeister</i>	31
	<i>V.c. Weitere Schwerpunkte</i>	32
	<i>V.d. Legistische Arbeiten und Gesetzesbegutachtung</i>	35
VI.	EU-Agenden und Internationales	39
VII.	Presse und Öffentlichkeitsarbeit	45
VIII.	Gemeindebund intern	53
	<i>Aufgaben des Gemeindebundes</i>	53
	<i>Interne Struktur</i>	53

## I. Vorwort

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister! Werte  
Leserin, werter Leser!*

**E**s ist nicht der Normalfall, dass ich als Präsident das Vorwort zum Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs schreibe. Ich möchte heuer eine Ausnahme machen, weil es dafür einen guten Grund gibt.

Am 30. Juni dieses Jahres, nur wenige Wochen nach dem Gemeindetag, tritt der Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes, Dr. Robert Hink, seinen Ruhestand an. Er hat dieses herausfordernde und nicht immer leichte Amt exakt 23 Jahre lang ausgefüllt. Wenn man den Österreichischen Gemeindebund über diesen Zeitraum betrachtet und bewertet, dann kann man feststellen: Es hat sich praktisch alles verändert. Robert Hink als Person hat den Gemeindebund verändert. Als er sein Amt angetreten hat, war ich ein junger Bürgermeister in Hallwang, der noch nicht viel mit dem Gemeindebund zu tun hatte. Ab dem Zeitpunkt, an dem ich an die Spitze des Salzburger Gemeindeverbandes gewählt wurde, hatte ich tieferen Einblick in die Arbeit unserer Interessensvertretung in Wien. Drei Mitarbeiter hatte die Zentrale in Wien damals, die sich vorwiegend um die Verhandlungen zum Finanzausgleich und die Begutachtung von Gesetzen kümmerte. Heute, 23 Jahre später, ist der Gemein-

debund eine immer noch schlanke aber unglaublich umtriebige und moderne Interessensvertretung, die sich immer noch sehr intensiv um den Finanzausgleich kümmert, aber dutzende zusätzliche Aufgaben übernommen hat. Mit der Anzahl der Aufgaben der Gemeinden selbst, sind die Anforderungen an den Gemeindebund ebenso gestiegen.



Dutzende Projekte, Kooperationen und Serviceleistungen sind in der Funktionszeit von Robert Hink entstanden. Von der Herausgabe der Zeitschrift KOMMUNAL, über die erfolgreiche Gründung der Plattform [www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at) bis hin zur vorbildhaften Kooperation mit dem MANZ-Verlag oder der Gründung der Kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft. All dies sind wichtige Elemente, um überhaupt erfolgreich Interessenspolitik für die österreichischen Gemeinden machen zu können. Und all diese Leistungen – ich habe hier nur einige wenige exemplarisch aufgezählt – tragen die Handschrift von Robert Hink.

Der vorliegende Tätigkeitsbericht gibt Auskunft über die Arbeit des Generalsekretärs und seines Teams seit dem letzten Gemeindetag in Graz. Er stellt sich

damit in die Reihe von insgesamt 23 Tätigkeitsberichten seit seinem Amtsantritt und legt Zeugnis für die engagierte und leidenschaftliche Arbeit des Generalsekretariats in Wien.

Robert Hink gilt mein großer persönlicher Dank und größter Respekt für seine Arbeit. Ich werde ihm auch in Zukunft persönlich und in enger Freundschaft verbunden sein.

Mit besten Grüßen

**Bgm. Helmut Mödlhammer**

*Präsident des Österreichischen Gemeindebundes*

## II. Einleitung

***Liebe Leserin, lieber Leser!***

Vor Ihnen liegt mein insgesamt 24. Tätigkeitsbericht als Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes an den Österreichischen Gemeindetag, am 30. Juni 2011 werde ich – auf den Tag genau 23 Jahre nach meiner Bestellung – meinen Ruhestand antreten. Es ist daher zugleich mein letzter Bericht an den Österreichischen Gemeindetag, in dem ich Bilanz über die Arbeit seit dem letzten Gemeindetag in Graz lege. Seit 1988, dem Jahr in dem ich zum Generalsekretär Ihrer Interessensvertretung bestellt wurde, begleite ich die österreichischen Gemeinden auf ihren Wegen und versuche, ihre Sorgen und Anliegen nicht nur zu hören, sondern durch meine Arbeit auch zu entschärfen. Ich hoffe, dass dies zumindest weitgehend gelungen ist und blicke voller Dankbarkeit auf diese vielen Jahre der Arbeit im Gemeindebund zurück.

Ich habe in der Vorbereitungszeit für diesen Tätigkeitsbericht erst jüngst die Berichte der letzten Jahrzehnte durchgeblättert und mir dabei auch selbst vor Augen geführt, wie viel sich in dieser Zeit seit 1988 verändert hat. Als ich meine Tätigkeit im Gemeindebund aufgenommen habe, beschäftigte der Österreichische Gemeindebund insgesamt drei Mitarbeiter, mich selbst eingeschlossen. 23 Jahre später ist der Österreichische Gemein-

debund eine immer noch schlanke, aber höchst effiziente Organisation. 12 angestellte Mitarbeiter/innen arbeiten jeden Tag für die Anliegen der Gemeinden hier in Wien, zwei weitere Mitarbeiterinnen sind im Brüssler Büro des Gemeindebundes tätig.



Selbstverständlich hat nicht nur der Mitarbeiterstand in diesem Zeitraum große Veränderungen erfahren. Es sind vor allem die Gemeinden, die einen bedeutenden Wandel durchgemacht haben. Mit ihrer Entwicklung haben sich natürlich auch die Aufgabengebiete des Gemeindebundes stark entwickelt.

Ich kann mich noch gut erinnern an das Jahr 1988, das Jahr meiner Bestellung. Präsident des Österreichischen Gemeindebundes war Landtagspräsident Bgm. Franz Romeder. Es war zugleich auch das Jahr, in dem – vorbereitet von meinem Vorgänger Dr. Otto Maier – einer der größten Erfolge für die kommunalen Interessensvertretungen gelungen ist. Die Verankerung des Gemeindebundes in der Bundesverfassung, als befugte Interessensvertretung der Gemeinden, hat den Gemeindebund erstmals auch formell auf Augenhöhe mit den Partnern in Bund und Ländern gehoben. Zwar waren

die kommunalen Interessensvertretungen natürlich auch zuvor schon in viele Verhandlungen oder Vereinbarungen zum Finanzausgleich eingebunden, aber die Festschreibung in der Verfassung ist auch heute noch europaweit beispiellos und einzigartig. Im gleichen Jahr gelingt freilich auch international ein Durchbruch: Die europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung tritt in Kraft, was wiederum bedeutet, dass diese Selbstverwaltung erstmals auch völkerrechtliche Wirkkraft bekam.

Ich werde Ihnen hier keine vollständige Beschreibung meiner Arbeit über die letzten 23 Jahre geben. Ich kann und will nur im Überblick die Höhepunkte erwähnen, die uns viel Kraft gekostet, aber auch schöne Erfolge beschert haben. Die Mittel aus dem Finanzausgleich etwa sind für die meisten Gemeinden die wichtigste Einnahmequelle. Durchschnittlich 40 bis 50 Prozent eines Gemeindebudgets kommen aus den Ertragsanteilen des Bundes, die über den Finanzausgleich geregelt sind. Auch die gemeindeeigenen Steuern, ein Themenbereich des ständigen Kampfes und Gegenstand unzähliger Verhandlungen, werden auf Bundesebene vereinbart und haben über die Jahre hinweg eine wechselhafte Geschichte hinter sich. Die vielen Verhandlungen, die ich begleiten und mitgestalten durfte, um Vereinbarungen über den Finanzausgleich zu schließen, zählen zu den prägendsten Er-

lebnissen meiner Amtszeit. Acht verschiedenen Finanzministern aus drei Parteien sind wir Gemeindevertreter in dieser Zeit gegenüber gesessen, um zu verhandeln. Ferdinand Lacina, Andreas Staribacher, Viktor Klima, Rudolf Edlinger, Karl-Heinz Grasser, Wilhelm Molterer, zuletzt Josef Pröll, mit dem der Gemeindebund eine hervorragende Zusammenarbeit pflegte. Nun verhandeln wir mit Maria Fekter, der ersten Frau in diesem Amt. Zuletzt haben wir 2007 einen Finanzausgleich mit Wilhelm Molterer vereinbart, der erst jüngst um ein Jahr auf 2014 verlängert wurde. Mein tief empfundener Dank und Respekt gilt in diesem Zusammenhang Prof. Dietmar Pilz, ohne dessen Expertise und Fachwissen keine einzige Verhandlungsrunde möglich gewesen wäre. Es ist bei weitem keine Selbstverständlichkeit, dass sich Menschen für die Allgemeinheit, für die Gemeinden zur Verfügung stellen, um mit ihrem Fachwissen zu helfen. Ebenso ist es keine Selbstverständlichkeit, dass der steiermärkische Gemeindebund einen seiner wichtigsten Mitarbeiter insgesamt über viele hundert Tage hinweg dem Gemeindebund zur Verfügung stellt, dies ist auch ein Zeichen des gegenseitigen Respekts und der Wertschätzung der Arbeit zwischen dem Österreichischen Gemeindebund und seinen Landesverbänden. Zudem ist aus dieser Zusammenarbeit mit Prof. Dietmar Pilz auch eine enge persönliche Freundschaft entstanden, die bis heute anhält.

Eine der oft so bezeichneten „Geburtsfehler“ des Finanzausgleiches sehen die Bürgermeister vieler kleiner Gemeinden darin, dass in der Nachkriegszeit der abgestufte Bevölkerungsschlüssel eingeführt wurde, unter dem die kleineren Gemeinden auch heute noch zum Teil sehr stark leiden. Damals hatte man argumentiert – und das sollte man schon immer wieder erwähnen – dass die großen Städte stärker von den Schäden des zweiten Weltkrieges betroffen waren, als die kleineren und ländlichen Gemeinden. Man wollte den Städten zur Wiederherstellung der zerstörten Infrastruktur mehr Geld bereitstellen. Aus damaliger Sicht ein durchaus akzeptabler und sinnvoller Vorgang. Mehr als 60 Jahre später ist diese Argumentation naturgemäß nur noch schwer aufrecht zu erhalten. Wir Gemeindevertreter haben daher in den letzten Jahren immer stärker auf die Abflachung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels gedrängt, Bemühungen, die immerhin zum Teil von Erfolg gekrönt waren. Das Minimalziel bleibt auf Dauer bestehen: Früher oder später muss jeder Einwohner, jede Einwohnerin auch bei der Zuteilung von Finanzmitteln gleich behandelt werden.

Schon ein Jahr nach meinem Amtsantritt folgt ein weiterer wichtiger Schritt: Österreich stellt den Antrag auf Aufnahme in die Europäische Union, damals nannte man sie noch Europäische Gemeinschaft. Schon damals stellte der Gemeindebund

klar und deutlich fest: Das Projekt eines vereinten Europas kann nur unter Mithilfe und Einbindung der Gemeinden erfolgreich sein. Schon Jahre zuvor hatte sich der Gemeindebund auf europäischer Ebene begonnen, zu engagieren. Mehrfach war die europäische Integration daher auch Thema bei Österreichischen Gemeindetagen. Mehrfach hat der Gemeindebund europäische Themen zur absoluten Chefsache gemacht, zu Beginn durch das Engagement von Präsident Franz Romeder, später in Person von Prof. Walter Zimper, der mit unglaublichem Einsatz die Anliegen der Gemeinden auch auf europäischer Ebene artikuliert hat. Bis heute stellt der Gemeindebund seine besten Köpfe für die politische Arbeit in Brüssel bereit, hier möchte ich unserem aktuellen Vertreter in Brüssel, Erwin Mohr, besondere Wertschätzung für seine Arbeit aussprechen. Als eine der ersten Interessensvertretungen haben wir damals ein eigenes Büro, eine kleine Zweigstelle in Brüssel begründet, die auch heute noch unersetzliche Arbeit für die Gemeinden auf EU-Ebene leistet. Mehr als 1.000 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben zwischenzeitlich Brüssel besucht und sich über die Prozesse und Entscheidungen auf europäischer Ebene informiert. Erst kürzlich haben wir unsere Aktivitäten auch dahingehend erweitert, indem wir – gemeinsam mit Außenminister Michael Spindelegger – die Funktion des „EU-Gemeinderates“ geschaffen haben. Direkt

aus dem Ministerium erhalten die derzeit rund 300 EU-Gemeinderäte exklusive und punktgenaue Informationen zu aktuellen Themen.

Und ein Satz aus den Berichten dieser Zeit, konkret aus dem Jahr 1991, ist mir auch noch aufgefallen. Damals hat Franz Romeder am Beginn seiner zweiten Amtsperiode einen aufgabenorientierten Finanzausgleich gefordert. Eine Forderung, die mit leichten Abwandlungen, nach wie vor brandaktuell ist.

Ich kann in einem Bericht wie diesem unmöglich auf alle großen Meilensteine aus mehr als zwei Jahrzehnten eingehen, daher nur beispielhaft einige wenige Punkte, die mir besonders wichtig scheinen.

Ich habe in meiner Amtszeit zwei Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes erlebt. Beide sind maßgeblich dafür verantwortlich, dass der Gemeindebund heute eine so große Rolle spielt. Und beiden haben die österreichischen Gemeinden, aber auch ich persönlich, viel zu verdanken. Unter Präs. Franz Romeder wurden viele wichtige Grundsteine gelegt, die die Position der Gemeinden im Staatsgefüge enorm gestärkt haben. Unter Helmut Mödlhammer hat der Gemeindebund ab 1999 einen weiteren Aufschwung erfahren. Ihm ist zu verdanken, dass wir auch große Wertschätzung in der Öffent-

lichkeit genießen, er ist heute das Gesicht der österreichischen Gemeinden und ihr größtes Sprachrohr auf medialer und politischer Ebene. Dies kann man gar nicht genug wertschätzen, weil in unserer Gesellschaft in der Regel nur medialer Druck, gepaart mit politischen Verhandlungsgeschick, dazu führt, dass die Anliegen der Gemeinden ernst genommen werden.

Auf persönlicher Ebene war es für mich immer ein Vergnügen und eine Auszeichnung mit diesen beiden Präsidenten arbeiten zu dürfen. Die Ebene der Kommunikation wird generell für Interessensvertretungen immer wichtiger. Sowohl die Kommunikation nach außen hin, zu einer breiten Öffentlichkeit, als auch der ständige und intensive Kontakt zu den Landesverbänden und Gemeinden, sind heute unerlässlich für erfolgreiche politische Arbeit.

Mit der Gründung der Fachzeitschrift KOMMUNAL und der firmenrechtlichen Konstruktion ist uns in Partnerschaft mit der Familie Zipper ein echtes Erfolgsmodell gelungen. Eine monatlich erscheinende Fachzeitschrift, die offizielles Organ des Gemeindebundes ist, ist unersetzlich und ein Teil der Stärke des Gemeindebundes. Ähnlich erfolgreich ist die Gründung der Intranet-Plattform [www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at) verlaufen, an der ich mitwirken durfte. Lang bevor andere Organisationen ver-

gleichbare Systeme entwickelt haben, war das Intranet für die österreichischen Gemeinden schon online. Inzwischen nutzen mehr als 90 Prozent der heimischen Kommunen dieses Instrument für ihre tägliche Arbeit.

Beide Plattformen, die Zeitschrift KOMMUNAL im Print-Bereich und [kommunalnet.at](http://kommunalnet.at) im Online-Bereich sind Erfolgsgeschichten auf die wir sehr stolz sein können und auf die ich persönlich auch sehr stolz bin.

Ein letzter Punkt ist mir noch besonders wichtig. Ich lege Ihnen diesen Bericht anlässlich eines Gemeindetages vor, insgesamt habe ich an 25 Gemeindetagen teilgenommen. Die Entwicklung, die diese Veranstaltung in den letzten Jahrzehnten genommen hat, ist schlichtweg unglaublich. In verhältnismässig kurzer Zeit sind die Gemeindetage zu riesigen kommunalpolitischen Events geworden. Kein Bundespolitiker kann es sich mehr leisten, daran nicht teilzunehmen. Seit Jahren dürfen wir an jedem Gemeindetag unser Staatsoberhaupt begrüßen. Schon Thomas Klestil war regelmäßiger Gast, Heinz Fischer hat in seiner bisherigen Amtszeit keinen einzigen Gemeindetag ausgelassen. Das ist deshalb wichtig, weil eine Veranstaltung wie der Gemeindetag auch ein wichtiges Zeichen ist und höchst relevante Signale an die Verantwortungsträger in Bund

und Ländern sendet. Die unüberhörbare Botschaft ist: Die Gemeinden sind das Fundament unseres Staates, sie sind der Lebensquell der Demokratie und sie genießen das mit Abstand höchste Vertrauen der Menschen. Das sollte niemand vergessen, die Bundes- und Landespolitik nicht, aber auch wir Gemeindevertreter sollten es immer zur Basis unseres Selbstbewusstseins machen.

Abschließend habe ich vielen Menschen zu danken, die mich in den Jahren als Generalsekretär begleitet und unterstützt haben. Es ist nicht möglich, hier alle zu nennen, daher möchte ich stellvertretend für viele drei besondere Danksagungen aussprechen.

Der erste Dank geht an das gesamte Team des Österreichischen Gemeindebundes, an meine Mitarbeiter in Wien sowie an die Präsidenten und Direktoren der Landesverbände. Ohne ein gutes Team und ohne verlässliche Unterstützer in den Bundesländern kann man keine erfolgreiche Arbeit leisten, nur wenn jedes Rädchen sich dreht, kommt man voran.

Der zweite Dank geht an die beiden Präsidenten, denen ich dienen durfte. Franz Romeder und Helmut Mödlhammer haben meine berufliche Entwicklung maßgeblich beeinflusst. Beiden bin ich zu großer Dankbarkeit verpflichtet. Mit Helmut Mödlhammer verbindet mich eine beson-

ders persönliches und freundschaftliches Verhältnis, das keineswegs selbstverständlich ist und weit über die rein beruflichen Anforderungen hinausgeht.

Der dritte Dank ist ein sehr persönlicher und richtet sich an meine Gattin Herta Hink. Sie hat vieles auf sich genommen, damit ich dieses Amt mit großer Leidenschaft und Freude ausfüllen konnte.

Selbstverständlich werde ich dem Österreichischen Gemeindebund auch im Ruhestand eng verbunden bleiben. Ich freue mich sehr darauf, auch künftig an Veranstaltungen oder Gemeindetagen teilzunehmen. Meinem Nachfolger Dr. Walter Leiss wünsche ich die gleiche Freude an dieser Aufgabe, die ich daran hatte. Ich bin davon überzeugt, dass er den erfolgreichen Weg des Gemeindebundes fortsetzen wird.

Mit herzlichem Gruß

**Dr. Robert Hink**

### III. Veranstaltungen und Highlights

Der Zeitraum dieses Tätigkeitsberichtes spannt sich vom Gemeindetag 2010 in Graz bis zum Gemeindetag 2011 in Kitzbühel und bietet am Schluss auch einen Ausblick auf die Kommunalen Sommergespräche in Bad Aussee 2011:

#### 57. Österreichischer Gemeindetag in Graz

Mehr als 2.000 Gemeindemandatare waren am 9. und 10. September 2010 nach Graz gekommen, um den 57. Österreichischen Gemeindetag abzuhalten, der diesmal wieder gemeinsam mit einer Kommunalmesse veranstaltet wurde. Trotz des gewählten Themas alternative Energien waren angesichts der prekären wirtschaftlichen Situation die Gemeindefinanzen das heimliche Motto dieser kommunalen Spitzenveranstaltung.

Nicht von ungefähr war Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll gekommen, um das Hauptreferat des Gemeindetages zu halten. Große Aufmerksamkeit erregte schon im Vorfeld eine Pressekonferenz des Gemeindebundes in Wien, bei der eine Studie über die finanziellen Verflechtungen zwischen Bundesländern und Gemeinden vorgestellt wurde. Wichtigstes Ergebnis: Der Transfer-Saldo hat sich in den vergangenen Jahren sehr zu Lasten der Gemeinden verschlechtert. Rund 414

Mio. Euro überweisen die Gemeinden den Bundesländern mehr als sie umgekehrt von den Ländern an Zahlungen und Transfers erhalten. Im Jahr 2002 waren es erst 63 Mio. Euro. Trotzdem diese Zahlen korrekt interpretiert werden müssen, wurde damit auch wissenschaftlich belegt, dass den Gemeinden immer mehr Leistungen und auch Ausgaben aufgebürdet werden. So haben sie etwa im Bereich der Kinderbetreuung rund 65 Prozent aller entstehenden Kosten zu tragen.

Unmittelbar vor dem Gemeindetag selbst tagte der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes. Im Mittelpunkt der Beratungen stand auch hier die finanzielle Lage der Gemeinden. Vor allem in der Pflegefinanzierung forderten die Delegierten rasche Finanzierungsösungen.

#### **Kommunalmesse: Größte Leistungsschau für Gemeinden**

Am Donnerstag, dem 9. September, wurden schließlich der Gemeindetag und die Kommunalmesse offiziell von Präsident Mödlhammer eröffnet. „Wir treffen einander einmal pro Jahr, um gemeinsam ein Zeichen der Stärke zu setzen“, so Mödlhammer in seinen Eröffnungsworten. „Mehr als 2.000 Kommunalpolitiker auf einem Fleck sind ein gewaltiges Zeichen der Geschlossenheit, das im Bund und den Ländern nicht übersehen werden kann.“ Im Anschluss an

die Eröffnung statteten Präsident Mödlhammer und der Grazer Bürgermeister Nagl den vielen Messeausstellern der Kommunalmesse einen Besuch ab.

### **Spindelegger stellt „EU-Gemeinderäte“ vor**

Außenminister Michael Spindelegger kam persönlich am 9. September nach Graz, um vor rund 1.000 interessierten Gemeindevertreter/innen die Initiative



vl.: Mödlhammer, Spindelegger, Riedl

der Europa-Gemeinderäte vorzustellen. „Es ist wichtig, dass es in jeder Gemeinde einen kompetenten Ansprechpartner für europäische Fragen gibt“, begründete der Außenminister die gemeinsame Initiative seines Ministeriums und des Gemeindebundes. „Europa kann nur von unten nach oben wachsen und darf nicht von Brüssel aus diktiert werden.“ Jede Gemeinde solle einen Gemeinderat auswählen, der diese neue Funktion ausfülle. Die EU-Gemeinderäte sollen laut Außenminister von seinem Ressort mit qualitativ hochwertigen

Informationen direkt versorgt werden. Es sollen auch konkrete Schulungen angeboten werden, in denen es um zielgerichtete Information ginge, die sich an den Bedürfnissen und den Fragen der Menschen orientiert.

### **Fischer und Pröll bei der Haupttagung**

Am Freitag folgte der politische Höhepunkt des Gemeindetages. Neben Bundespräsident Heinz Fischer und Vizekanzler Josef Pröll waren zahlreiche Landesräte, Abgeordnete des Nationalrates und der Landtage nach Graz gekommen um an der Haupttagung teilzunehmen. Eine gute Gelegenheit für Gemeindebund-Chef Mödlhammer um die Sorgen und Nöte der Gemeinden in seiner Rede zu artikulieren. Die Gemeinden brauchen nicht nur mehr finanzielle Mittel, so Mödlhammer, sondern vor allem auch mehr Freiräume, damit sie das unmittelbare Lebensumfeld gestalten können. In den letzten Jahren wurden die Gemeinden von Bund und Ländern mit immer mehr Pflichtaufgaben zugeschüttet, sie können sich kaum noch rühren, so Mödlhammer.

Vizekanzler Josef Pröll ging in seiner mit Spannung erwarteten Rede auf die Forderungen Mödlhammers ein. Bei der Pflegefinanzierung sah der Finanzminister erhöhten Handlungsbedarf. Dies sei ein großes Thema, das im Zuge der Budgetverhandlungen im Herbst auch deutlich

angesprochen werden solle. Der Ruf nach neuen Einnahmen alleine sei allerdings zu kurz gegriffen, betonte der Finanzminister. „Wir müssen die Krise auch als Chance sehen und das Potential erkennen, das dauerhaft zu einer gerechteren Verteilung der Lasten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden führt.“

Auch Bundespräsident Heinz Fischer mahnte Reformen ein. Das Prinzip der Ausgewogenheit müsse im Auge behalten werden. Die sozial Schwächeren dürften nicht noch mehr belastet werden. Im Zusammenhang mit dem Budget sprach sich Fischer für einen Mix an einnahmen- und ausgabenseitigen Maßnahmen aus.

Mit einer besonderen Ehrung ging der Gemeindetag in Graz zu Ende. Der ehemalige Präsident des Oberösterreichischen Gemeindebundes und Altbürgermeister von Garsten Franz Steininger erhielt die Ehrenmitgliedschaft und das Ehrenzeichen des Österreichischen Ge-



vl.: Mödlhammer, Fischer, Voves

meindebundes. Steininger hatte sein Amt im Frühjahr 2010 an seinen Nachfolger LAbg. Bgm. Johann Hingsamer übergeben. Präsident Mödlhammer würdigte den zu Ehrenden, „dass er den Oberösterreichischen Gemeindebund über viele Jahre hervorragend geführt hatte. Er war wichtiger Teil auch des Österreichischen Gemeindebundes. Seine Person und seine Freundschaft wurden hoch geschätzt“. Ehrenpräsident Franz Steininger ist am 29. Jänner 2011 im 63. Lebensjahr verstorben.

### **Bürgermeisterreise nach Belgien**

Die zweite Bürgermeisterreise des Jahres 2010 führte im Oktober nach Brüssel, und damit nicht nur zum Sitz der wichtigsten EU-Institutionen, sondern auch in die Hauptstadt des in diesem Halbjahr aktuellen Vorsitzlandes. Bei politischen Terminen und einem Besuch einer „kleineren“ Gemeinde war leider auch die Zerrissenheit des belgischen Staates ein Lehrbeispiel, wie es nicht gehen sollte. Die Probleme zwischen Flamen und Wallonen dominieren den politischen Alltag.

Zur Zeit der Staatsgründung Belgiens verfügte das Land über eine Gemeindestruktur, die der heutigen österreichischen Gliederung ähnlich war. Inzwischen hat sich die Anzahl der Gemeinden von 2.739 auf nun 589 Gemeinden reduziert. Die Zusammenle-

gung von Gemeinden ist in Belgien ein politisch gewünschtes Ziel und wird vom belgischen Staat mit Geldprämien unterstützt. Bis zu 1,5 Millionen Euro erhalten jene Gemeinden, die sich für eine Fusion entscheiden, erfuhr die rund 50köpfige Gemeindebund-Delegation bei einem Arbeitsbesuch im flämischen Innenministerium. Allerdings gibt es trotz dieser Fusionsanreize auch Fälle, dass es etwa für einzelne Kleinstgemeinden keine Fusionspartner gebe, da diese Gemeinden mehrsprachige Leistungen anbieten und diese Qualität in den angrenzenden Gemeinden politisch nicht denkbar ist.

Bemerkenswert ist, dass die Sicherheit Gemeindesache ist und jede Gemeinde über einen eigenen Polizeiwachkörper verfügt, der auch finanziert werden muss. Blankes Erstaunen rief auch die Tatsache hervor, dass etwa die Feuerwehren zwar Gemeindeangelegenheit sind, es jedoch in vielen Gemeinden keine eigenen Wehren gibt. In diesem Bereich gibt es in Belgien kaum Freiwillige.

Beim Besuch des EU-Parlamentes und im Gespräch mit EU-Parlamentarier Paul Rübig deponierte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer die Forderungen der Gemeinden, darunter etwa die Vereinfachung des Vergaberechtes und die Förderung des ländlichen Raumes. Auch die so genannten „Einheimischenmodelle“ waren Ge-

sprächsthema mit Rübig und danach mit dem österreichischen EU-Botschafter in Brüssel, Hans-Dietmar Schweisgut. Botschafter Schweisgut konnte die Teilnehmer auch über den aktuellen Stand der Europäischen Stabilitätspolitik informieren. Zur Bewältigung der Krise, so Schweisgut, sei es wichtig, dass die Nationalstaaten ihre Budgets in den Griff bekommen.

#### Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft

Gemeinsam mit dem Städtebund und dem Verlag MANZ rief der Österreichische Gemeindebund in den letzten Jahren eine Gesellschaft ins Leben, die die Förderung und Steigerung der Leistungen in der wissenschaftlichen Forschung in Bezug auf Kommunen bezweckt. Dies soll alle relevanten Wissenschaftsdisziplinen von kommunaler Relevanz auf internationaler, europäischer, innerstaatlicher und rechtsvergleichender Ebene umfassen.

Bisherige Agenden der Gesellschaft waren die Auslobung des kommunalen Wissenschaftspreises und die Abhaltung wissenschaftlicher Tagungen zur interdisziplinären Behandlung kommunaler Themen und Entwicklungen. Von der KWG wurden damit Projekte und Veranstaltungen weitergeführt, die auch bisher schon vom Gemeindebund wahrgenommen wurden.

#### **Symposium „Haftung für Gemeinde-mandatare“**

Die vom Österreichischen Gemeindebund gegründete Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft befasste sich im Rahmen ihres jährlich stattfindenden Symposions am 3. November 2010 mit dem Thema „Haftung von Bürgermeistern und Gemeindeorganen“.

Die Themen wurden von Wissenschaftlern und Praktikern hervorragend aufbereitet, wobei es um die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Organverantwortung ging. In spezielleren Teilen wurden auch die zivilrechtlichen und strafrechtlichen Auswirkungen für kommunale Mandatare und Mandatarinnen erörtert. Besonderen Anklang fanden die Referate der Professorinnen Leitl und Reindl-Krauskopf. Die anschließende eingehende Diskussion zeigte um die Wichtigkeit dieser Fragen für die einzelnen Verantwortungsträger/innen.

Im Rahmen des Symposions fand auch der langjährige Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes, Hubert Waibel, eine würdige Ehrung durch Frau Bundesminister Dr. Maria Fekter. Schließlich wurde die Verleihung des Preises der Kommunen vorgenommen.

Die Tagungsbände des Symposions mit allen Referaten wurden diesmal

so rechtzeitig produziert, dass sie schon während der Tagung erworben werden konnten.

#### Netzwerk Bildung

Die Plattform „Netzwerk Bildung“ wurde vom Gemeindebund zum Gedankenaustausch der kommunalen Bildungsinstitutionen in den Ländern gegründet und hat sich zum Ziel gesetzt, durch informelle Kooperation schrittweise einen kommunalen Standard der Bildungslaufbahnen im kommunalen Bereich zu erzielen. Das Ziel einer stetigen Verbesserung der Mitarbeiter und Funktionäre ist auch die öffentliche Bewusstseinsbildung über das Anforderungsprofil und die Leistungen der kommunalen Verantwortungsträger. Das Netzwerk stärkt daher das Bewusstsein über die ständig steigenden Aufgaben der Kommunen und ihrer Organe.

Die Abstimmung der Bildungslaufbahnen geht auch einher mit der Forderung der Verwaltungsreform, die diversen Ausbildungscurricula im öffentlichen Dienst zu harmonisieren. Im Netzwerk Bildung sind daher nicht nur Repräsentanten der Landesverbände des Gemeindebundes, sondern auch der Gemeindeaufsicht

und der Bildungseinrichtungen der Länder und Gemeinden vertreten. Nach-

dem in diesem Gremium seit 2010 nunmehr auch der Leiter der Verwaltungsakademie des Bundes eingebunden ist, konnte am 1. Oktober 2010 eine Netzwerktagung im Ministerratssaal des Bundeskanzleramtes abgehalten werden. Die dabei erörterten Themen waren „Perspektiven für das Führungsmanagement im öffentlichen Bereich“ und die Vermittlung von Europakompetenz. Ein weiteres Netzwerktreffen fand am 28. April 2011 im Schloss Urstein statt, bei der ein Konzept für die Erfassung des Angebotes für kommunalpolitische Mandatare und Führungskräfte in den Bundesländern erörtert wurde. Dieses Konzept soll als Grundlage für die kommende Bildungskonferenz des Netzwerkes dienen, die im Vorfeld der Sommergespräche am 26. und 27. Juli in Bad Aussee tagen wird.

### Neujahrsempfang

Im ehemaligen Landtagssaal des Palais Niederösterreich startete der Gemeindebund mit einem Empfang ins politische Jahr 2011. Vor einer überaus prominenten Gästeschaft formulierte Präsident Helmut Mödlhammer beim Neujahrsempfang des Gemeindebundes die Arbeitsschwerpunkte der Gemeinden im Jahr 2011. Mit dabei waren unter anderem Außenminister Spindelegger, Sozialminister Hundstorfer und Rechnungshofchef Josef Moser. Präsident Mödlham-

mer mahnte dabei eine Lösung eines der wichtigsten Gemeinde-Themen des ersten Halbjahres ein. Es müsse gelingen, die Finanzierung der Pflege auf neue Beine zu stellen. Gelänge dies nicht, so würde das für die Gemeinden zur existentiellen Bedrohung, warnte Mödlhammer. Er verband dies deutlich mit dem Stabilitätspakt, eine Unterschrift dafür gebe es erst bei einer zufriedenstellenden Lösung der Pflegefinanzierung.

Zum Rechnungshof-Präsidenten gewandt sprach Mödlhammer die immer wiederkehrenden Forderungen nach mehr Kontrolle der Gemeinden an. Die Gemeinden scheuen die Prüfungen nicht, aber es dürfe eben dann nicht vier Prüfinstanzen und überbordende Kontrolle geben, die die Gemeinden an der Arbeit hinderten. Auch im Hinblick auf die in den Medien vielfach erhobene Forderung nach Gemeindezusammenlegungen warnte Mödlhammer vor einfachen Schlüssen. Es sei eben nicht richtig, dass größere Einheiten immer billiger und effizienter arbeiteten. Im Gegenteil sind es vor allem die kleinen Gemeinden, die deutlich weniger Personal- und Verwaltungskosten pro Einwohner haben, als die großen Städte. Das freiwillige Engagement der Menschen sinke außerdem mit zunehmender Größe der Gemeinde. Warum sollte man solche Strukturen zerschlagen wollen?

### Personelle Weichenstellungen

Im Rahmen der Bundesvorstandssitzung am 3. März 2011 wurde der Ternitzer Bürgermeister und Präsident des Sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes NÖ LABg. Rupert Dworak zum neuen Zweiten Vizepräsidenten des Österreichischen Gemeindebundes gewählt. Er löste damit Ernst Schmid vom sozialdemokratischen GVV im Burgenland ab. In derselben Sitzung wurde der bisherige NÖ Landtagsklubdirektor der ÖVP, Dr. Walter Leiss, zum neuen Generalsekretär des Gemeindebundes bestellt. Er wird diese Funktion am 1. Juli 2011 antreten und folgt damit Dr. Robert Hink nach, der die Geschäfte des Gemeindebundes seit 1988 führte und im Sommer in den Ruhestand treten wird.

Am 6. Mai 2011 fanden überdies Neuwahlen im Kärntner Gemeindebund und im Vorarlberger Gemeindeverband statt, dies hat auch Auswirkungen auf die Zusammensetzung der statutenmäßigen Organe des Gemeindebundes. Der neu gewählte Präsident des Kärntner Gemeindebundes ist der Bürgermeister von Velden, Ferdinand Vouk, der den bisherigen Präsident Bgm. Hans Ferlitsch in seiner Funktion nachfolgt. In Vorarlberg wurde der Schlinser Bürgermeister Mag. Harald Sonderegger zum Verbandspräsidenten gewählt. Er löst Bgm. Mag. Wilfried Berchtold ab und repräsentiert wie Vouk nun

seinen Verband im Präsidium des Österreichischen Gemeindebundes.

### Stabilitätspakt 2011 und Pflegefonds

Das Frühjahr 2011 war von einem politischen Meilenstein geprägt. Nach langen Verhandlungen konnte im Zusammenhang mit dem innerösterreichischen Stabilitätspakt im März ein Durchbruch bei der Pflegefinanzierung erzielt werden. Im Zuge der vorausgehenden Verhandlungen hatten die Vertreter der Länder und Gemeinden betont, dass sie ihre ins Auge gefassten Haushaltsziele für den neuen Stabilitätspakt nur einhalten könnten, wenn ein neu geschaffener Pflegefonds ab 2011 auch Gelder des Bundes an die die Hauptlast tragenden Länder und Gemeinden ausschütten kann. Der neue Pflegefonds wird nun bis 2014 mit 685 Millionen Euro dotiert werden, wobei der Bund dafür das Hauptaufkommen von etwa zwei Drittel aufzubringen hat. Die Gemeinden müssen dafür in den kommenden Jahren besondere Haushaltsdisziplin beweisen. Mit dem am 19. Mai 2011 im Rahmen der Landeshauptleu-



*Durchbruch bei Pflegefinanzierung im März 2011*

tekonferenz unterzeichneten Stabilitätspakt verpflichten sie sich, ein Nulldefizit einzuhalten. Präsident Mödlhammer wertete die lang geforderte Einigung für eine nachhaltige Pflegefinanzierung als einen „wichtigen Etappensieg“. Die Gemeinden haben dafür unermüdlich gekämpft, sie waren lästig und hätten Druck gemacht. Nun hätte man erreicht, dass die Lasten der Pflegefinanzierung künftig einigermaßen fair verteilt sind, und dies unter Beibehaltung der hohen Betreuungsqualität. Um die Zustimmung der Kommunen zu den Auflagen des Stabilitätspaktes zu erreichen, gaben auch die Bundesländer eine Erklärung für ein Belastungsmoratorium gegenüber den Gemeinden ab. Unter den so vereinbarten Rahmenbedingungen werden die Gemeinden ihren Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte leisten können, meinte Präs. Mödlhammer zum Abschluss des Stabilitätspaktes. (siehe auch Kap. IV.)

#### Vorschau Kommunale Sommergespräche 2011

Die „Kommunalen Sommergespräche“ sind eine gemeinsame Veranstaltungsplattform des Österreichischen Gemeindebundes und der

Kommunalkredit Austria. Ziel ist, einmal im Jahr in Bad Aussee zusammenzukommen und wesentliche Zukunftsfragen der Gemeinden zu stellen und dazu Vertreter aus Politik und öffentlichem Management, der Wissenschaft und der Wirtschaft einzuladen und die Antworten in einem mehrtägigen dynamischen Prozess zu erarbeiten.

Im heurigen Jahr werden die Sommergespräche von 27. bis 29. Juli unter dem Motto „Zukunft (in) der Gemeinde – Gemeinde (in) der Zukunft“ abgehalten. Im europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit soll vor allem das Ehrenamt und das Bürgerengagement im Mittelpunkt stehen. Im Rahmen der Diskussionen und Workshops der Fachtagung im Kurhaus von Bad Aussee haben alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gelegenheit, nicht nur vor einem hohen fachlichen Background Kontakte zu pflegen, sondern auch die Effekte politischer Entscheidungen für die Gemeinden und Städte transparenter zu machen, positive Chancen im neuen Umfeld aufzuzeigen und gemeinsam einen Wissensvorsprung durch Hintergrundinformationen, Visionen, Lösungsansätze und durch das Aufzeigen von Best-Practice-Beispielen zu erarbeiten.

## IV. Gemeindefinanzen

### IV.a. Herausforderung Stabilitätspakt 2011 und Pflegefonds

In der **Resolution vom 8. September 2010 zum Gemeindetag in Graz** machte der versammelte Bundesvorstand erneut auf die schwierige wirtschaftliche Situation der österreichischen Gemeinden aufmerksam. Er verwies darauf, dass Österreichs Gemeinden in den vergangenen Jahren einen maßgeblichen Beitrag zur Stabilität des gesamtstaatlichen Haushaltes erbracht hatten. Die Finanzierungssalden („Maastricht-Salden“) der Gemeindebudgets hätten sich in den letzten Jahren schon ohne Wirtschaftskrise merklich verschlechtert, sodass nach dem Einbruch der Ertragsanteile und aufgrund der konjunkturstützenden Maßnahmen in den Jahren 2009/10 das Stabilitätsziel von 0% Neuverschuldung nicht mehr eingehalten werden konnte. Der Bundesvorstand betonte, dass den Gemeinden angesichts der sich immer schneller öffnenden Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben der finanzielle Handlungsspielraum genommen werde.

Die versammelten Vertreter des Österreichischen Gemeindetages stellen daher angesichts der dramatischen Entwicklung kurz gefasst folgende Forderungen an die Österreichische Bundesregierung und die Bundesländer:

- Verbesserung der Kommunale Einnahmensituation: **Die Gemeinden müssen**

**in einem adäquaten Ausmaß an der einnahmenseitigen gesamtstaatlichen Budgetkonsolidierung partizipieren.**

- Kommunaler Belastungsstopp: Gemeinden werden laufend mit kostenintensiven Aufgaben belastet. Angesichts der bereits ausgereizten Sparpotenziale kann die freie Finanzspitze manchmal nur mit radikalen Kürzungen kommunaler Leistungen erhalten werden. **Die Bundesregierung und die Länder werden daher aufgerufen, sich zu einer fairen Lastenverteilung und einem Belastungsstopp für die Gemeinden zu bekennen.**
- Fairness im Stabilitätspakt: Eine faire Lastenverteilung verlangt auch einen fairen Stabilitätspakt zwischen den Gebietskörperschaften: **Ein neuer Stabilitätspakt darf den Gemeinden nur zumutbare Stabilitätsziele aufbürden.**
- Ausgabenreform durch Aufgabenreform - Gesetzliche Maßnahmen für mögliche Sparpotenziale: **Das setzt bei der Verwaltungsreform auch Mut zu substanziellen Schritten voraus, die im Ergebnis nicht zu einer Schwächung der Gemeinden und einer weiteren Zentralisierung führen darf, sondern zu einer Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.**
- Nachhaltige Finanzierung der Pflege: **Für eine nachhaltige Pflegefinanzierung muss ein entsprechender Rechtsrahmen geschaffen werden.** Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Gemein-

den hier mit den markantesten Steigerungen ihrer Kosten im zweistelligen Prozentbereich zu kämpfen haben.

- Gemeindevoranschläge 2011 hängen in der Luft: Ohne konkrete Vorstellungen über mögliche budgetstabilisierende Maßnahmen und valide Zahlen auf Einnahmen- wie auf Ausgabenseite wird es für viele Gemeinden nicht möglich sein, für 2011 rechtzeitig ein Budget vorzulegen. **Die Gemeinden müssen daher als Partner des Stabilitätspaktes an der Ermittlung von budgetkonsolidierenden Maßnahmen eingebunden sein.**

Vor wenigen Tagen wurde im Rahmen der Landeshauptleutekonferenz am 19. Mai 2011 in Bad Hall der Österreichische Stabilitätspakt 2011 unterzeichnet.



Unterschrift Stabilitätspakt im Mai 2011

Der Bund soll in den Jahren des Stabilitätspaktes, also bis 2014, eine Konsolidierung seines Defizitanteiles erfüllen, wobei ihm 2011 noch ein Minus von 3,1 Prozent Neuverschuldung eingeräumt wird. Diese Zahl soll sich in den kommen-

den drei Jahren von 2,7 Prozent, 2,4 Prozent bis 1,9 Prozent im Jahr 2014 verbessern. Für die Länder ist heuer unverändert ein maximales Defizit von 0,75 des BIP vorgesehen, 2012 ist ein Sprung auf 0,6 Prozent vorgesehen, und 2013 und 2014 jeweils ein maximales Defizit von 0,5 Prozent. Die Gemeinden sollen jedes Jahr ausgeglichen bilanzieren.

Präsident Mödlhammer sprach in diesem Zusammenhang von einer großen Herausforderung für die österreichischen Gemeinden. Vor diesem Hintergrund von länderweise ausgeglichenen Gemeindehaushalten in den Jahren 2011 bis 2014 soll auch in diesem Bericht ein Blick auf die aktuellen Gemeindefinanzen und eine Vorschau auf die prognostizierten Ertragsanteile gemacht werden.

Aus heutiger Sicht ist die Finanzkrise sowie der damit verbundene Konjunkturbruch zwar weitgehend überwunden, doch haben die notwendigen nationalen und regionalen Stabilisierungsmaßnahmen die budgetäre Situation der öffentlichen Haushalte deutlich angespannt. Die Schere zwischen den Einnahmen der Gemeinden (insbesondere jene der Ertragsanteile) und den Ausgaben (es sind jetzt vor allem die Sozialhilfe und die Gesundheitsausgaben) hat sich stark geöffnet. Gemeinsam mit dem Österreichischen Stabilitätspakt wurde die Mitfinanzierung des Bundes in einem neu geschaffenen Pflegefonds be-

schlossen. Dieser Fonds soll in den Jahren 2011 bis 2014 mit rund 460 Mio. EUR aus Bundesmitteln dotiert werden und letztlich dazu führen, dass die Pflegeausgaben von Ländern und Gemeinden gedämpft werden. Damit soll das Stabilitätsziel der Gemeinden eine maßgebliche Unterstützung erfahren.

Auf der Ausgabenseite der Gemeinden müssen außerdem auch noch andere Faktoren wie die nun wieder steigenden Zinsaufwendungen, nachzuholende Investitionen im Infrastrukturbereich sowie die inflationsbedingt kommenden höheren Lohn- und Gehaltsabschlüsse berücksichtigt werden.

Mit dem Bundesfinanzrahmengesetz 2012 bis 2015 hat der Bund den Konsolidierungspfad vorgegeben. Mit dem Ziel, das gesamtstaatliche Defizit von 4,7 % (2010) auf 2,0 % (2015) zu senken. Länder und Gemeinden sollen dazu ihre Konsolidierungsanstrengungen so ausrichten, dass die gesamtstaatlichen Ziele erreicht werden, das Ausmaß wurde nun im neuen Österreichischen Stabilitätspakt festgelegt.

#### IV.b. Gemeindefinanzen

Der Österreichische Gemeindebund hat sich im Berichtszeitraum wegen der wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen insge-

samt sehr stark den Gemeindefinanzen gewidmet. Nicht nur der Bundesvorstandes, sondern auch das Präsidium, die Landesgeschäftsführer und das beamtete FAG-Team befassten sich mit den finanziellen Problemen der Gemeinden. Die Sitzungen mit den Gemeindeaufsichtsbehörden, zuletzt am 16. Mai 2011, erörterten die Schwierigkeit, neben den einbrechenden Einnahmen und den immer weiter steigenden Belastungen der Gemeinden ausgeglichene Haushalte zu erzielen.

#### *Entwicklung der EA-Vorschüsse: Jänner bis Juni 2011 gegenüber dem Vorjahr*

Die Gemeindeertragsanteil-Vorschüsse für den Zeitraum Jänner bis Juni 2011 basieren auf dem Aufkommen der gemeinschaftlichen Bundesabgaben für den Zeitraum November 2010 bis April 2011. Die EA-Vorschüsse weisen im Jahresvergleich eine deutliche Steigerung von 8,9 % auf, wobei dieses gegenwärtige Plus laut Aussagen des BMF im Jahresvergleich 2011 mit 2010 nicht ganz so deutlich ausfallen wird. Die relativ schwachen Abweichungen der Länderdynamiken resultieren hauptsächlich aus dem örtlichen Aufkommen von Abgaben, wie z. B. der Grunderwerbsteuer. Der folgende Überblick enthält nicht die Zwischenabrechnung 2010, die mit den EA-Vorschüssen des Monats März des nachfolgenden Jahres gegenverrechnet werden.

Bevölkerungs- zahl	Monatsvergleich Juni			Periodenvergleich 1. Halbjahr		
	2010	2011	+/- %	2010	2011	+/- %
Burgenland	11,7	12,9	10,6%	90,8	100,0	10,2%
Kärnten	27,8	31,0	11,4%	223,9	240,9	7,6%
Niederösterreich	72,3	81,4	12,5%	575,6	633,1	10,0%
Oberösterreich	68,8	78,4	12,5%	553,8	604,3	9,1%
Salzburg	30,6	34,7	13,5%	243,9	266,5	9,3%
Steiermark	56,7	63,7	12,4%	447,2	490,1	9,6%
Tirol	38,8	43,8	12,9%	305,2	332,3	8,9%
Vorarlberg	21,2	23,3	10,3%	161,4	177,7	10,1%
Wien	114,9	125,3	9,0%	911,4	980,0	7,5%
<b>Summe</b>	<b>442,8</b>	<b>494,6</b>	<b>11,7%</b>	<b>3.513,1</b>	<b>3.825,0</b>	<b>8,9%</b>

**Die Zwischenabrechnung 2010**

Der Anspruch der Gemeinden auf Ertragsanteile für ein bestimmtes Jahr ergibt sich aus dem Aufkommen der gemeinschaftlichen Bundesabgaben Jänner bis Dezember. Die Ertragsanteilvorschüsse in einem bestimmten Jahr umfassen hingegen den Zeitraum November des Vorjahres bis Oktober des laufenden Jahres. Die Differenz (Übergewinn oder Restguthaben) wird mit der Zwischenabrechnung jeweils im März ausgeglichen.

Ergab die Zwischenabrechnung (ZA) für das Jahr 2009 noch einen Übergewinn zur Lasten aller österreichischen Gemeinden (ohne Wien) von -89,9 Mio. EUR, war die ZA 2010 wie auch vor der

Wirtschaftskrise positiv, sodass ein Restguthaben von 30,1 Mio. EUR für die Gemeinden (ohne Wien) im März 2011 flüssig gemacht wurde.

Damaliger Auslöser für die negative Zwischenabrechnung 2009 waren die EA-Vorschüsse für die Monate November und Dezember 2008, denen noch höhere Aufkommen an Einkommensteuer, Kapitalertragsteuer II, Umsatzsteuer und vor allem Körperschaftsteuer zu Grunde lagen.

**Entwicklung ausgewählter gemeinschaftlicher Bundesabgaben**

In der folgenden Tabelle wird die Entwicklung der aufkommenstärksten gemeinschaftlichen Bundesabgaben für

die Zeitreihe 2009 bis 2013 (prognostizierte Zahlen auf Basis der WiFo März 2011 Prognose) dargestellt. Im Rahmen der Sitzung mit den Gemeindeaufsichtsbehörden am 16. Mai 2011 wurde seitens des BMF dargelegt, dass die im Bundesvoranschlag (BVA) 2011 angenommenen Steuereinnahmen jedenfalls erreicht und sogar etwas übererfüllt werden.

Bei der Lohnsteuer spiegelten sich teilweise noch Effekte der Steuerreform 2009 wieder, aufgrund künftig höherer Lohnabschlüsse wird sie jedoch wieder stärker als zuletzt wachsen. Das Aufkommen an der Einkommensteuer wird auch heuer gegenüber 2009 weiterhin stagnieren, was ebenfalls auf die genannte Steuerreform (Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, der Gewinnfreibetrag wird erst heuer wirksam) zurückzuführen ist. Die Zahlen des Bundesvoranschlags 2011, die auf der WiFo März 2010 Prognose beruhen, sind hinsichtlich der Körperschaftsteuer bereits etwas überholt. 2011 sollte die Körperschaftssteuer das Ergebnis von 2010 moderat übertreffen.

Die aufkommensstärkste Steuer, die Umsatzsteuer, profitierte auch in der Krise vom relativ stabilen Konsumverlauf und liegt in ihrer Steigerungsrate derzeit deutlich über der aktuellen Monatsinflation von rund 3,3%.

**Finanzausgleich - weitere Abflachung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels**

In der zweiten Hälfte der aktuellen FAG Periode 2011 - 2014 (am 16.3.2011 wurde zwischen den Gebietskörperschaften die Verlängerung bis Ende 2014 vereinbart) erhalten die Gemeinden zusätzliche Ertragsanteile in Höhe von jährlich rund 103,1 Mio. EUR. Ab dem heurigen Jahr wird also der abgestufte Bevölkerungsschlüssel für Gemeinden der untersten Größenklasse (unter 10.000 EW) gemäß § 9 Abs. 10 FAG 2008 durch ein Vervielfachen der jeweiligen Bevölkerungszahl nicht wie bisher mit dem Faktor 1 1/2 sondern mit dem rechnerischen Wert von etwa 1 41/67 ermittelt werden. Die dafür nötigen 100 Mio. EUR, die den Gemeinden unter 10.000 Einwohnern ab 2011 zusätzlich zur Verfügung ste-

(in Mio. EUR)	Erfolg	vorl.Erfolg	BVA	Prognose	Prognose
Abgabenart	2009	2010	2011	2012	2013
Lohnsteuer	19.898	20.433	21.600	23.200	24.500
Einkommensteuer	2.605	2.668	2.500	2.850	3.000
Körperschaftsteuer	3.834	4.633	4.500	5.400	5.700
Umsatzsteuer	21.628	22.467	23.600	24.400	25.400

hen, werden durch einen Vorwegabzug bei den Gemeindeertragsanteilen finanziert. Aber auch die daraus resultierenden Mindereinnahmen für Gemeinden über 10.000 Einwohner werden kompensiert und zwar durch Mittel aus der Abschaffung der Konsolidierungsbeiträge.

Die Einwohnerzahl für die Verteilung der Ertragsanteile richtet sich nicht mehr nach dem Zehn-Jahres-Rhythmus der Volkszählung, sondern nach der jährlichen Bevölkerungsstatistik mit Stichtag 31. Oktober des zweitvorangegangenen Jahres. Die Ertragsanteile-Prognose gilt daher für die Entwicklung pro Einwohner, dadurch führen überdurchschnittlich steigende Einwohnerzahlen zu höheren Ertragsanteilen und umgekehrt.

Da gemäß den Prognosen der Statistik Österreich die Einwohnerzahl insgesamt jährlich um etwa 0,4 % steigen wird, kann eine solche Steigerung als Maßstab herangezogen werden, ab dem Zu- bzw. Abschläge für die Entwicklung der eigenen Ertragsanteile nötig sind.

#### IV.c. Evaluierung und Reform des Finanzausgleichs

Das Paktum zum FAG 2008 sieht mit Ende der 1. Hälfte der 6jährigen FAG-Periode eine Evaluierung des Finanzausgleichs vor. Im März 2010 wurden Vorgespräche auf politischer

Ebene geführt, die jedoch keine Einigung auf einen Arbeitsauftrag oder die Vergabe von Studien an die Wissenschaft brachten. Kurz darauf hat das BMF dann eigenmächtig 5 Studien in Auftrag gegeben, die im Dezember 2010 den FAG-Partnern Länder und Gemeinden vorgelegt wurden. Inhalte sind beispielsweise eine radikale Reduktion der Transfers zwischen den Gebietskörperschaften, eine Ausweitung der Abgabenaufgaben der Länder oder eine Aufgabenorientierung an Basisaufgaben und Sonderlasten. Bereits Anfang Februar 2011 hat der Österreichische Gemeindebund eine allgemeine und Ende März 2011 eine ausführliche Stellungnahme zu diesen vier vorliegenden Studien abgegeben. Zentrale Inhalte dieser beiden Schreiben an die Finanzausgleichspartner waren unter anderem die fehlende Berücksichtigung des Faktors ehrenamtliche Tätigkeit und die überdeutliche Betonung von Gemeindegrößen für eine effiziente Verwaltung, obgleich etwa die bereits jetzt in großem Umfang durchgeführte Kooperation zwischen Gemeinden nur mangelhaft dargestellt wurde. Insgesamt gesehen wurde von den Gutachtern zu wenig ausgelotet, vor die vorgebrachten Vorschläge auch umsetzbar sind und von wo Gelder abzuziehen sind, die etwa anderswo für Sonderlasten von Gemeinden verwendet werden sollen. Der Österreichische Gemeindebund hat sich an dieser Stelle vehement gegen Gemeindezusammenlegungen und eine zusätzliche aBS Stufe

unter 10.000 Einwohnern ausgesprochen. Abschließend wurde in der Stellungnahme darauf hingewiesen, dass vor einer grundlegenden Reform des Finanzausgleichs erst einmal eine grundlegende Aufgabenreform mit einer Klarstellung der Finanzierungsverantwortung der Gebietskörperschaften durchgeführt werden muss.

#### IV.d. Getränkesteuer ausgleich

Im März 2010 hat der VfGH zum Getränkesteuerausgleich entschieden, dass die Verteilung der Mittel der acht Ländertöpfe (Unterverteilung) auf die einzelnen Gemeinden nicht mehr sachgerecht ist. Die Regelung wurde per 31.12.2010 aufgehoben. Die auf Basis der Einigung von Gemeindebund und Städtebund getroffene einjährige Neuregelung für 2011 wurde als Abänderungsantrag im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes am 22. Dezember 2010 beschlossen. Die Eckpunkte für die gemeindeweise Verteilung der Mittel innerhalb eines Landes sind: Die Verteilung erfolgt zu 90% nach den bisherigen Schlüssel. Von den nach einem neuen Schlüssel zu verteilenden 10% werden in den tourismusintensiven

Bundesländern Tirol, Salzburg, Kärnten und Vorarlberg vorweg 0,1 EUR pro Nächtigung abgezogen und anschließend werden die Mittel 50:50 aBS zu VZ verteilt, in Bundesländern mit weniger Tourismus erfolgt dies generell. Gemeinsam mit den allgemeinen Ertragsanteilen gibt es jedoch keine Gemeinde, die 2011 Verluste gegenüber 2010 tragen muss. Rund 93 Prozent der österreichischen Gemeinden erhalten durch diese Neuregelung 2011 zumindest den Getränkesteuerausgleich 2010.

Für eine künftige und langfristige Regelung der gemeindeweisen Verteilung der Getränkesteuerausgleichsmittel, die noch heuer zu treffen ist, wurde eine Verteilung nach möglichst aktuellen Getränkejahresumsätzen angestrebt, was jedoch an massivem Widerstand von Wirtschaftskammer und BMF scheiterte, welche den Unternehmen bzw. sich selbst keinen zusätzlichen Verwaltungsaufwand aufbürden wollten. Aus jetziger Sicht könnte die Regelung 2012 bis 2014 in Richtung einer verstärkten Berücksichtigung von Nächtigungszahlen gehen, wodurch Verluste der hauptbetroffenen Tourismuskommunen weitgehend verhindert werden könnten.

## V. Logistik und inhaltliche Arbeitsschwerpunkte

### V.a. Schwerpunkt Schule und Kinderbetreuung

Im Zuge der Sitzung am 3. März 2011 hat der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes ein Positionspapier zur Reform des Schulwesens verabschiedet, welches in Kurzform folgende Positionen umfasst:

- **Gemeinden als Schulerhalter nahezu sämtlicher Volks- und Hauptschulen**  
Der Österreichische Gemeindebund erachtet es für notwendig, dass zunächst eine umfassende Aufgabenreform verhandelt wird, die klare Zuständigkeiten in der Gesetzgebung wie auch in der Vollziehung vorgibt. Erst im Zuge dieser Auseinandersetzung sollte über die strukturellen Erfordernisse und über die Finanzierungsverantwortung gesprochen werden. Da ausreichend Mittel für das Bildungssystem eingesetzt werden, muss danach getrachtet werden, dass diese dort ankommen, wo sie benötigt werden – am Schulstandort, im Unterricht, beim Schüler.
- **Ausbau ganztägiger Schulangebote**  
Da der Schulstandort vielerorts weder als ganztägiger Arbeitsplatz für das Lehr- und Betreuungspersonal noch als ganztägige Betreuungseinrichtung für die Schüler ausgerichtet und ausgestattet ist, bedarf es umfangreicher und kostenintensiver Adaptierungs-

maßnahmen, die nicht alleine zu Lasten der Schulerhalter gehen dürfen. Um mögliche Synergien zu schöpfen, sollte die vorhandene Infrastruktur vor Ort, etwa Vereine, Musikschulen, Sportplätze, Spielplätze und Betreuungseinrichtungen genutzt und mit einbezogen werden. Ein Ausbau ganztägiger Schulangebote geht auch mit einem beträchtlichen Mehrbedarf an Betreuungspersonal einher. Der Österreichische Gemeindebund fordert daher eine gänzliche Übernahme der Kosten für den bislang von den Gemeinden zu gewährleistenden Freizeitbereich im Rahmen der ganztägigen Schulformen. Da eine Finanzierungszusage des Bundes lediglich bis 2014 vorliegt, bedarf es einer nachhaltigen Lösung über das Jahr 2014 hinaus.

- **Neue Mittelschule**

Im Falle einer flächendeckenden Umstrukturierung der Hauptschulen in Neue Mittelschulen erachtet der Österreichische Gemeindebund eine vollständige Übernahme der Kosten für die entsprechende Anpassung der Schulstandorte durch den Bund für unumgänglich. Der Österreichische Gemeindebund fordert zusätzlich den Bund auf, in Verhandlungen über die Frage zu treten, wer in Zukunft als Schulerhalter im Bereich der Neuen Mittelschule auftritt.

- **Schülertransport**

Der Österreichische Gemeindebund fordert eine dem tatsächlichen Aufwand des Schülertransportes entsprechende Vergütung aus dem FLAF. Die Schülerfreifahrt darf nicht auf Kosten der Gemeinden gehen. Da ein Ausbau ganztägiger Schulangebote auch einen Transport der Schüler im Freizeitbereich einer ganztägigen Schule erfordert, müssen auch Fahrten zu und von Freizeit- und Betreuungseinrichtungen abgegolten werden.

- **Schulsprengel**

Da eine sprengelfreie Schulwahl vor allem in Regionen mit Bevölkerungsrückgang einen ungleichen Wettbewerb unter Schulen auslösen würde, der die Organisation und die Logistik von Schülertransporten wie auch die Planung der Bereitstellung und Ausstattung der Schulgebäude sowie die Kostenaufteilung unter den einzelnen Schulerhaltern de facto unmöglich machen würde, verlangt der Österreichische Gemeindebund eine eingehende Diskussion über Folgen und Auswirkungen einer Änderung der bestehenden Regelungen. So hätte eine gänzliche Auflösung der Schulsprengel zur Folge, dass in manchen Schulen Schulräumlichkeiten ungenutzt leer stehen während sie in anderen Schulen fehlen. Außerdem würden Schüler bereits im jüngsten Alter zu Pendlern und

aus ihrem engsten sozialen Umfeld herausgerissen. In die Diskussion um die Schulsprengel muss auch der Ausbau ganztägiger Schulangebote einbezogen werden, der künftighin Beruf und Familie besser vereinbaren lässt.

- **Pädagogische Ausbildung**

Der Österreichische Gemeindebund gibt zu bedenken, dass die Stärkung des akademischen Charakters der pädagogischen Ausbildung, vom Kindergartenpädagogen angefangen über das Lehrpersonal bis hin zum Freizeitpädagogen auch eine kostenintensive Anpassung der Gehaltsschemata erfordert. Außerdem fordert der Österreichische Gemeindebund, dass die „LehrerInnenbildung Neu“ auch zu einem neuen „LehrerInnenbild“ führt. Es wird daher notwendig sein, neu einsteigende Lehrer im Rahmen eines neuen Dienstrechtes auch in der Freizeitbetreuung einsetzen zu können.

### **Ganztägige Schulangebote**

Im Herbst 2010 hat der Bund zugesagt, dass er bis einschließlich 2014 € 320 Mio. (jährlich € 80 Mio.) für den Ausbau der ganztägigen Schulformen in den AHS und den Pflichtschulen bereitstellen wird. Die Mittel sollen jene von den Gemeinden zu tragenden Kosten abdecken, welche diese bisher und zukünftig aufgrund des Ausbaues der Ganztagesangebote für

das Freizeitpersonal zu tragen haben. Zum anderen sollen Anschubfinanzierungen für die Adaptierung der Schulgebäude geleistet werden. Ein geringer Betrag soll für die Ausbildung der neuen Freizeitpädagogen eingesetzt werden. Ob aufgrund des Bundesfinanzrahmengesetzes die entsprechenden Mittel zur Verfügung stehen, die im Wege einer Art. 15a B-VG Vereinbarung an die Schulerhalter gehen sollen, ist derzeit noch offen.

### **Art. 15a Vereinbarung Gratiskinder- garten**

Da insbesondere die Gemeinden als Kindergartenerhalter massive finanzielle Einbußen aufgrund des kostenlosen halbtägigen Kindergartenbesuchs zu erleiden hätten, wurde im Jahr 2009 vereinbart, dass der Bund zur teilweisen Abdeckung jährlich Zuschüsse in Höhe von € 70 Mio. zur Verfügung stellt. Die Aufteilung dieser Mittel auf die Bundesländer erfolgt nach dem Anteil der im jeweiligen Kindergartenjahr kindergartenpflichtigen 5-jährigen und wurde zunächst prozentuell nur für die Jahre 2009/2010 und 2010/2011 festgelegt. Im Mai 2011 wurde ein Entwurf einer Änderung der Art. 15a B-VG Vereinbarung über die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen in Begutachtung geschickt, der die prozentuelle Auftei-

lung auch für die Jahre 2011/2012 und 2012/2013 fixiert. Ein Vergleich der Jahre 2009/2010 und 2012/2013 zeigt einen deutlichen Trend zugunsten des Landes Wien. Einzig die Bundeshauptstadt profitiert von der Aufteilung der Mittel nach der Anzahl der kindergartenpflichtigen Kinder, alle anderen Länder verlieren kontinuierlich an Anteilen der 5-jährigen und damit auch an Anteilen der Zuschüsse des Bundes.

### **V.b. Soziale Absicherung der Bürger- meister**

Seit Jahren setzen sich der Österreichische Gemeindebund und seine Landesverbände mit Nachdruck für die bessere sozialrechtliche Absicherung von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ein. In einigen Bundesländern ist es in den letzten Jahren gelungen, die Aufwandsentschädigungen auf ein höheres Niveau anzuheben, nun dürfen wir Ihnen einen weiteren Erfolg vermelden. Eine im Frühjahr 2010 vom Bundesvorstand verabschiedete Musterresolution, die von über 2100 Gemeinden unterstützt wurde, gab dem Gemeindebund Rückenwind für zähe Verhandlungen mit den Parlamentsklubs der Regierungsparteien. Nunmehr ist mit einem gemeinsamen Initiativantrag ein erster großer Schritt zu einer Verbesserung der beruflichen Situation der kommunalen Mandatar/innen gelungen.

Die Lösung betrifft dabei eine Vereinfachung der Regelung für Erstattungsbeiträge, einen verbesserten Arbeitslosen-schutz und eine substantielle Änderung der Ruhensbestimmungen bei vorzeitiger Alterspension und Invalidenpension. Die geplanten Änderungen sollen noch vor dem Sommer beschlossen werden.

### V.c. Weitere Schwerpunkte

#### **Audit familienfreundliche Gemeinde**

Der Österreichische Gemeindebund und die Familie & Beruf Management GmbH. konnten in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und den Landesfamilienreferaten 2010 einen Zuwachs von 70 neuen Auditgemeinden erzielen. Ende Mai 2011 sind über 200 Gemeinden im Prozess.

Wie die Entwicklung 2010/11 zeigt, bietet das Audit familienfreundliche Gemeinde den österreichischen Gemeinden ein stark nachgefragtes Modell für die

bedarfsgerechte Weiterentwicklung einer Generationen verbindenden Familienorientierung an. Insbesondere im Zusammenhang mit der angespannten Finanzsituation in den Gemeinden wird dieses Instrument verstärkt als langfristige Strategie zur Erhaltung des Lebensraums Gemeinde und darüber hinaus zur Schaffung von Lebensqualität und eines attraktiven Wirtschaftsstandortes eingesetzt.

2010 war neben vielen Beitritten auch das Rekordjahr an 56 zu zertifizierenden Gemeinden, wobei 46 Gemeinden im September 2010 im Rahmen der Zertifikatsverleihung das Gütesiegel bekamen und 10 Gemeinden in der Auditkuratoriumssitzung im Jänner 2011 zertifiziert wurden.

Der Österr. Gemeindebund hat als Plattform bei den Gemeinden für Resonanz gesorgt. Viele Gemeinden nutzen das Audit familienfreundliche Gemeinde in Kombination mit anderen Projekten wie der Prozess der Leitbildgemeinden in OÖ,



die Dorf- und Stadterneuerung in NÖ und im Burgenland. Es hat sich auch gezeigt, dass Gemeinden, die von einem Prozessbegleiter/in unterstützt werden, rascher und effizienter arbeiten und den Prozess leichter durchlaufen.

Die Auditseminare 2011 sind sehr gut besucht, der Kreis an Prozessbegleiter/innen hat sich stark vergrößert. Die Kooperation mit den Landesverbänden und Landesfamilienreferaten hat sich ebenfalls sehr gut entwickelt. Synergien von Landesprojekten mit dem Audit familienfreundliche Gemeinde sind in vielen Bundesländern wie in der Steiermark, Burgenland, Vorarlberg Nieder- und Oberösterreich auf dem Vormarsch. Die Thematischen Schwerpunkte 2010/11 sind Generationen- und Migrationsthemen, die Integration sozialer Randgruppen, das Audit als Evaluierungskonzept zur Bündelung der Kräfte und Jugendthemen wie Vandalismus und soziale Entfremdung.

In der Zeitspanne Jänner bis Mai 2011 wurden Auditseminare in Linz, Eisenstadt, St Pölten und Villach organisiert und durchgeführt. Ferner gab es im Jänner in Wien und im März in Graz Schulungen von Prozessbegleitern und Gutachtern.

Im April fand ein Netzwerktreffen der Gutachter und Prozessbegleiter in Schloss Urstein bei Salzburg und ein Erfahrungsaustausch der Auditgemeinden

in Villach statt. Ein Netzwerktreffen Gutachter und Prozessbegleiter ist noch in Wien und aufgrund des hohen Interesses sind Auditseminare in Graz, Innsbruck, Bregenz und Niederösterreich und Oberösterreich geplant.

Bei der Zertifikatsveranstaltung am 29.9.2010 im Palais Niederösterreich in die Herrngasse in Wien wurden 46 Gemeinden ausgezeichnet. Die Veranstaltung wurde von über 300 Personen besucht. Die Zertifikatsverleihung 2011 ist Ende September voraussichtlich in Niederösterreich geplant.

Auch 2011 ist mit einem Zugang von 60-70 Gemeinden zu rechnen. Die letzten 1 ½ Jahre haben mit dem Engagement des Österreichischen Gemeindebundes gezeigt, welches familienpolitische Potenzial mit Hilfe der Interessensvertretung in den Gemeinden aktiviert werden kann.

#### **Sicherheit im Straßenverkehr und Radüberwachung durch Gemeinden**

Seit Mitte 2008 stehen nahezu sämtliche Radargeräte auf Gemeindestraßen still. Grund hierfür ist eine Entscheidung der Datenschutzkommission, die mangels Vorliegen einer gesetzlichen Grundlage die automatisierte Geschwindigkeitsüberwachung durch Gemeinden für unzulässig hält. Eine entsprechende Änderung in der StVO scheiterte bislang am Widerstand einiger Länder.

Der Österreichische Gemeindebund unternahm Anfang 2011 einen neuen Vorstoß zur Änderung der StVO und arbeitete einen Entwurf aus, der sämtlichen Bedenken der Länder Rechnung trägt. Demnach sollen mittels Verordnungsermächtigung in der StVO die Länder selbst entscheiden können, ob ihre Gemeinden automatisierte Geschwindigkeitsüberwachungen durchführen dürfen.

Der Vorschlag des Österreichischen Gemeindebundes wurde von den Ländern zustimmend zur Kenntnis genommen. Da das BMVIT eine Änderung der StVO einzig von der Zustimmung der Länder abhängig gemacht hat, sollte einer zügigen Umsetzung nichts mehr im Wege stehen.

### **ÖREK 2011**

Die Ausarbeitung des Österreichischen Raumentwicklungskonzeptes (ÖREK) gehört zu den zentralen Aufgaben der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ORÖK). Als strategisches Steuerungsinstrument mit Empfehlungscharakter hat das ÖREK Bedeutung für die gesamtstaatliche Raumordnung und Raumentwicklung für einen Zeithorizont von 10 Jahren. Das ÖREK 2011 gliedert sich in mehrere Säulen, denen Handlungsfelder und diesen wiederum Aufgabenbereiche thematisch zugewiesen werden. Die einzelnen Aufgabenbereiche erläutern kurz

den jeweiligen Problembereich, legen Wirkungsziele fest und zeigen Handlungsmöglichkeiten auf. Der Österreichische Gemeindebund hat sich intensiv eingebracht und letztlich erreicht, dass auch die ländlichen Regionen ausgewogen berücksichtigt werden. Ein inhaltlicher Abschluss erfolgte im Mai 2011. Beschlossen wird das ÖREK 2011 von der Österreichischen Raumordnungskonferenz noch im Juni 2011.

### **Post-Geschäftsstellen-Beirat**

Neben zahlreichen Beschwerde- und Aufsichtsverfahren wurde der Post-Geschäftsstellen-Beirat im Jahr 2010 mit insgesamt 535 Schließungsanzeigen der Österreichischen Post AG befasst. Seit Anfang 2011 gibt es weitere 61 Schließungsanzeigen. Da Ende 2011 die Umstrukturierung des Filialnetzes im Wesentlichen abgeschlossen sein soll, ist mit zahlreichen weiteren Schließungsanzeigen im Jahr 2011 zu rechnen. Im Jahr 2010 wurden rund 10 % der beantragten Schließungen untersagt, dies zu einem Großteil infolge kostendeckender Führung der Postfilialen.

Dies wird sich im Jahr 2011 gänzlich anders darstellen. Die Österreichische Post AG hat mit Wirkung 1. Jänner 2011 eine Vereinbarung mit der BAWAG/PSK getroffen, die gleichsam zu einer dauerhaften Kostenunterdeckung aller jener Postfilialen führen soll, die nicht in die

strategische Planung der Österreichischen Post AG passen. Trotz massiver Kritik des Post-Geschäftsstellen-Beirats an dieser Vorgangsweise sowie an den in diesen Verfahren beteiligten Gutachtern erfolgten keine Beanstandungen seitens der Regulierungsbehörde.

### **Kommunale Beleuchtung 2011**

Rund ein Drittel der gesamten kommunalen Beleuchtung in Österreich stammt aus den 1960er Jahren. Dies betrifft die Straßenbeleuchtung ebenso wie die Beleuchtung von Schulen, Kindergärten, Amtshäusern und vieles mehr. Daher gibt es auch in kaum einem anderen Bereich so bedeutende Einsparungspotenziale wie im Bereich „Beleuchtung“ auf kommunaler Ebene, sowohl in der Innen- wie auch in der Außenbeleuchtung.

Diese Zahlen waren für den Österreichischen Gemeindebund Anlass genug, unter der Patronanz des Wirtschaftsministeriums und in Kooperation mit dem Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie (FEEL) und der Kommunalkredit im Jahr 2010 eine 6-teilige Veranstaltungsserie mit dem Titel „Kommunale Beleuchtung: Mehr Licht – weniger Kosten“ zu organisieren. Aufgrund des großen Erfolges dieser Informationstour wird dieses Projekt im Jahr 2011 fortgesetzt werden. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren.

### **Tourismusstrategiepapier**

Im Jahr 2010 wurde das vom Tourismusausschuss erarbeitete Thesenpapier beschlossen. Die darin genannten 10 Thesen sollen die Basis für eine koordinierte Tourismuspolitik bilden. Aufbauend auf dem Thesenpapier und in Ergänzung, in Erweiterung und insbesondere in Präzisierung desselben wird derzeit ein Strategiepapier ausgearbeitet.

Ein Schwerpunkt wird dabei in der Angebotsentwicklung und deren Förderung gesetzt. Eine Region kann sich in erster Linie nur durch ihr Angebot behaupten. Das Angebot in der Region ist entscheidend dafür, ob eine Region als Marke wahrgenommen wird bzw. wahrgenommen werden kann. Im Herbst 2011 soll das Strategiepapier vorgestellt werden.

### **V.d. Legistische Arbeiten und Gesetzesbegutachtung**

#### **23. StVO-Novelle**

Das BMVIT hat einen Ministerialentwurf einer Änderung der StVO in Begutachtung geschickt, der neben der eigentlichen Zielsetzung (Fahrradhelmpflicht für Kinder) auch Änderungen vorsah, die unmittelbar die Gemeinden betreffen. Neben einer nicht unerheblichen Erweiterung des selbstständigen Wirkungsbereiches der Gemeinden (Bewilligung sportlicher Veran-

staltungen; Aufforderung an den Grundeigentümer, Hecken und Bäume auszuästen und zu entfernen) sollten die Genehmigungsvoraussetzungen für die Benutzung der Straßen zu verkehrsfremden Zwecken (Siedlungsfeste, Punschstände, Flohmärkte) verschärft werden. Demnach hätte eine derartige Benutzung nur dann bewilligt werden dürfen, wenn ein vordringliches Bedürfnis der Straßenbenutzer bzw. ein erhebliches Interesse derselben vorläge. Aufgrund des massiven Widerstandes beschloss der Verkehrsausschuss im Parlament einen Initiativantrag, der diese Passagen nicht mehr enthält.

### **Transparenzdatenbankgesetz**

Ende des Jahres 2010 wurde das Transparenzdatenbankgesetz trotz Widerstand der Länder beschlossen. Der Österreichische Gemeindebund sah die Gemeinden bereits durch das Bundesgesetz unmittelbar verpflichtet und hat aufgrund der enormen Kosten Verhandlungen im Sinne des Konsultationsmechanismus gefordert. Das Bundesgesetz sieht (zunächst) vor, dass sämtliche Bundesförderungen und Bundesleistungen (Förderungen, Steuerbegünstigungen, Sozialversicherungsleistungen etc.) an natürliche oder juristische Personen von der auszahlenden (leistenden) Stelle in einem Datenverbund gesammelt bzw. eingegeben werden. In weiterer Folge sollten sich die Länder im Rahmen einer Art. 15a B-VG Vereinbarung dazu

verpflichten, ihre Daten ebenso in diesem Datenverbund zur Verfügung zu stellen sowie dafür Sorge zu tragen, dass auch alle Förder- und Leistungsdaten der Gemeinden in dieser Datenbank aufscheinen. Derzeit werden in insgesamt drei Arbeitsgruppen tragbare Lösungen erarbeitet. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe sollen letztlich in einen Art. 15a B-VG Entwurf münden. Ungelöst sind nachwievor insbesondere datenschutz- und verfassungsrechtliche Fragen sowie die Frage nach der zukünftigen Kostentragung.

### **Abfallwirtschaftsgesetz**

In Umsetzung der EU Abfallrahmenrichtlinie wurde in das AWG 2002 unter anderem die fünfstufige Abfallhierarchie aufgenommen. Dies wurde seitens des Österreichischen Gemeindebundes begrüßt. In seiner Stellungnahme zum Entwurf hat der Österreichische Gemeindebund jedoch darauf hingewiesen, dass die Prinzipien der Entsorgungsnähe und der Entsorgungsautarkie zur Absicherung und Errichtung entsprechender Verwertungsanlagen die Inanspruchnahme grenznaher Anlagen, die den strengen österreichischen Auflagen und Standards entsprechen, nicht verhindern dürfen.

### **Altlastensanierungsgesetz**

Im Zuge des des Budgetbegleitgesetzes wurde auch das Altlastensanie-

rungsgesetz geändert. Demnach werden die Altlastenbeiträge um 14,5% erhöht. Begründet wird diese Erhöhung mit den sinkenden Einnahmen aufgrund des Rückganges an Deponievolumen und des gleichbleibenden Bedarfs der Einnahmen von ca. € 70 Mio. Die Novelle sieht aber auch vor, dass beginnend mit dem Jahr 2011 (ca. € 4 Mio.), im Jahr 2013 mehr als € 16 Mio. und im Jahr 2014 mehr als € 18,4 Mio. zweckentbunden werden sollen. Begründet wird die Umwidmung mit der Budgetkonsolidierung. Da mit der Umwidmung mehr zweckentbunden und dem allgemeinen Budget zugeführt wird als durch die Erhöhung der Beiträge (€ 11 bis 14 Mio.) Mehreinnahmen erzielt werden, wurde dieses Vorhaben seitens des Österreichischen Gemeindebundes entschieden abgelehnt. Derzeit wird an einem neuen Altlastenverfahrensgesetz gearbeitet. Dieses soll zum einen das Altlastensanierungsgesetz ersetzen und zum anderen ein neues Finanzierungsmodell enthalten.

### **Wasserrechtsgesetz**

Zu einem Ministerialentwurf des Wasserrechtsgesetzes hat der Ministerialentwurf hat der Österreichische Gemeindebund im Juli 2010 einige Kritikpunkte eingebracht, die in der Regierungsvorlage größtenteils Berücksichtigung gefunden haben. Die Novelle sieht in Umsetzung der Hochwasserrichtlinie die Erstellung

von detaillierten Hochwasserrisikoplänen sowie die Darstellung der notwendigen Maßnahmen zum Schutz vor Hochwasserereignissen und deren Schäden vor. Da der Österreichische Gemeindebund zur Ansicht gelangt ist, dass die Gemeinden in Form von Zwangsverbänden letztlich für die Umsetzung dieser kostenintensiven Schutzmaßnahmen zuständig gemacht und in weiterer Folge auch zivil- und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können, wurde dieses Vorhaben abgelehnt und vorsorglich Verhandlungen im Sinne des Konsultationsmechanismus gefordert. Der Österreichische Gemeindebund hat im Februar 2011 letztlich erreicht, dass der Umweltausschuss des Nationalrates eine Ausschussfeststellung getroffen hat, wonach die Bildung eines Zwangsverbandes nur auf Grundlage hinreichend konkreter Projektierungen erfolgen kann.

### **Umweltförderungsgesetz**

Im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes wurde im Dezember 2010 das Umweltförderungsgesetz geändert. Die Änderung sieht eine Kürzung des Zusagerahmens (2010-2013) für Förderungen von Maßnahmen der Siedlungswasserwirtschaft um 44 % von € 630 Mio. auf € 355 Mio. vor. Begründet wurde diese Kürzung mit einem Rückgang der Investitionen der Gemeinden in den letzten Jahren und mit der Notwendigkeit einen Bei-

trag zur Budgetkonsolidierung zu leisten. Der Österreichische Gemeindebund hat in seiner Stellungnahme kritisiert, dass die Zweckwidmung dieser Mittel im Finanzausgleichsgesetz (2008 bis 2013) vereinbart wurde und diese Gelder daher nicht zweckentfremdet werden dürfen. Zudem werden die Mittel für die Siedlungswasserwirtschaft auch von den Gemeinden aufgebracht. Da die FAG-Periode nun bis 2014 verlängert wurde, hat der Österreichische Gemeindebund eindringlich auf die Notwendigkeit einer entsprechenden Dotierung des Sonderkontos Siedlungswasserwirtschaft für das Jahr 2014 hingewiesen und an den Bund appelliert, eine entsprechende Anpassung des Umweltförderungsgesetzes vorzunehmen.

### **Eisenbahnkreuzungsverordnung**

Ein erster Entwurf einer Eisenbahnkreuzungsverordnung wurde Anfang Dezember 2009 in Begutachtung geschickt. Der Gemeindebund hat auf die massiven

Kostenbelastungen der Gemeinden und auf die unzureichende Kostendarstellung des Entwurfes hingewiesen. Die Kosten resultieren daher in erster Linie aus der dadurch erforderlichen Nach- bzw. Umrüstung einer Vielzahl von derzeit nicht technisch gesicherte in technisch gesicherte Kreuzungen (Lichtzeichen, Schrankenanlagen). Aufgrund dieser drohenden massiven finanziellen Belastung der Gemeinden hat der Österreichische Gemeindebund Verhandlungen im Sinne der Vereinbarung von Bund, Ländern und Gemeinden über den Konsultationsmechanismus gefordert. Das BMVIT hat daraufhin die Verordnung überarbeitet und im Mai 2011 neuerlich zur Begutachtung ausgeschickt. Auch in diesem Entwurf sind die finanziellen Auswirkungen auf die Gebietskörperschaften unzureichend dargestellt. Es ist weiterhin mit einer enormen Kostenbelastung für die Gemeinden zu rechnen, somit lehnt der Österreichische Gemeindebund auch den neuen Entwurf entschieden ab.

## VI. EU-Agenden und Internationales

Auf europäischer Ebene lagen die Schwerpunkte des Gemeindebundes im Berichtszeitraum in den Bereichen Energiepolitik, Umweltpolitik, Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik und Reform der Regionalpolitik sowie öffentliches Auftragswesen. In allen genannten Bereichen gab es Überschneidungen mit der Arbeit im Ausschuss der Regionen und es fand eine rege Zusammenarbeit mit dem europäischen Dachverband RGR statt.

### **Die Kür zum EU-Bürgermeister**



In einer Pilotaktion wurde heuer EU-weit zum ersten Mal in einem europäischen Land aus rund 170 Kandidaten ein „EU-Bürgermeister“ gekürt. Der Ortschef der burgenländischen Gemeinde Mörbisch, Peter Vargyas, wurde im Rahmen der sechsten Konferenz für Regionen und Städte, die am 20. September 2010 in Salzburg tagte, von EU-Kommissar Johannes Hahn und Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer mit diesem Titel ausgezeichnet. Auf die Plätze schafften es Bgm. Florian Kasseroler aus Nenzing in Vorarlberg Bgm. Johann Mayr aus Wernstein am Inn.

Der Gemeindebund sowie der Städtebund und die österreichischen Mit-

glieder im EU-Ausschuss der Regionen hatten die Initiative des Ausschusses der Regionen aufgegriffen und ein Verfahren zur Suche des österreichischen EU-Bürgermeisters im Frühjahr gestartet. Unter den Kandidaten, die am besten bei einem Quiz abgeschnitten hatten, wurden drei Finalisten ausgelost. Alle drei präsentierten bei der Konferenz ihre Ideen zu Europa, die sie in einem „Europaprofil“ zusammengefasst hatten.

### **Fach- und Bildungsreisen**

Im Berichtszeitraum fand eine Fach- und Bildungsreise von 14. bis 16. Oktober nach Brüssel statt, wo u.a. Gespräche mit dem flämischen Innenministerium, ein Gespräch mit dem Leiter der Ständigen Vertretung und der Besuch einer Brüsseler Umlandgemeinde auf dem Programm standen (siehe Kap. III).

### **„Europa fängt in der Gemeinde an“, Plattform für EU-Gemeinderäte**

Unter dem Motto „Europa fängt in der Gemeinde an“ wurde über Initiative von Außenminister Spindelegger im Jahr 2010 unter reger Beteiligung aktiver Mandatarinnen und Mandatare sowie des Österreichischen Gemeindebundes und seines EU-Ausschusses die Plattform für EU-Gemeinderäte aus der Taufe gehoben. Neben einem exklusiven Informationsangebot des Außenministeriums für die

teilnehmenden Mandatäre wurde im Rahmen der Sitzung des Netzwerks Bildung auch den kommunalen Verwaltungsschulen angeboten, in ihrem Bildungsangebot für EU-Gemeindemandatäre auf einen Pool von Europa-Experten zugreifen zu können. Erste Kurse starteten bereits im Frühjahr 2011. Damit soll den Verantwortungsträgern in den Gemeinden über konkrete Information und Hilfestellungen gezeigt werden, wie bedeutend die Entscheidungen auf EU-Ebene für die Kommunen sind. Im Berichtszeitraum fanden zwei Studienreisen von je 30 EU-Gemeinderäten nach Brüssel statt. Das Brüsselbüro des Gemeindebundes beteiligte sich an Vorbereitung und Programmgestaltung.

### **Europatagung in St. Florian**

Im Rahmen der Europatagung, die der OÖ Gemeindebund gemeinsam mit dem Österreichischen Gemeindebund und dem Außenministerium veranstaltete, lobte Außenminister und Vizekanzler Spindelegger nach etwa einem Jahr Laufzeit dieser Initiative die substanziellen Fortschritte, die gemacht wurden.

Die aus ganz Österreich zu dieser Veranstaltung gekommen kommunalen Vertreterinnen und Vertreter, seien so Spindelegger bei dieser Zwischenbilanz ein äußerst positives Signal: „Europa hat seit Gründung der Europa-Gemeinderäte Initiative in Städten und Gemeinden Österreichs viele vertraute

Gesichter gewonnen. Mittlerweile wurden mehr als 200 Gemeindevertreter/innen aller im Parlament vertretenen politischen Parteien als Europa-Gemeinderäte bestellt“.

### ***Inhaltliche Schwerpunkte der EU-Arbeit***

#### 2020-Strategie

Der Gemeindebund beteiligte sich an der innerösterreichischen Diskussion zur Strategie Europa 2020 (Nationales Reformprogramm), wo insbesondere auf die besondere Bedeutung lokaler Energielösungen, lebenslanges Lernen und Stabilitätspolitik verwiesen wurde. Die Thematik wurde vor allem im Zusammenhang mit dem Nationalen Reformprogramm auch anlässlich der Europaausschüsse am 20. September 2010 in Salzburg und am 12. April 2011 in Brüssel erörtert.

#### Energiepolitik

Im Rahmen der Open Days im Oktober 2010 präsentierte eine Delegation der Gemeinde Munderfing ihre Erfahrungen mit dem EU-Bürgermeisterkonvent.

Der Gemeindebund beteiligte sich regelmäßig an den in Brüssel stattfindenden Sitzungen des RGRE-Energieausschusses und berichtet darüber an das Generalsekretariat und die Mitgliedsverbände.

#### Zukunft der GAP/Regionalpolitik

Da im Herbst 2010 erste Weichen für die Ausrichtung des EU-Budgets nach 2013 gestellt wurden, begannen bereits im Berichtszeitraum Konsultationen auf informeller Ebene sowie das Knüpfen von Netzwerken.

Die RGRE-Arbeitsgruppe für die ländliche Entwicklung verabschiedete mehrere Positionspapiere, in denen man für eine ausreichende Dotierung der Politik des ländlichen Raums und eine Abkoppelung derselben von der Agrarpolitik eintritt. Der Gemeindebund unterstützte auch die von Niederösterreich ausgehende Initiative zur Weiterführung der Ziel-2-Regionalförderung (Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung) nach 2013. Diese Förderschienen wurde in Österreich erfolgreich genutzt und ist der Beweis dafür, dass auch in relativ reichen Regionen mithilfe europäischer Anstoßfinanzierung nachhaltige Projekte zustande kommen.

Im Rahmen einer vom Gemeindebund am 2. März in Brüssel organisierten Podiumsdiskussion zum Thema Zukunft der Regionalpolitik konnte GR Erwin Mohr den hochrangigen Teilnehmern aus Kommission, Parlament und Rat bereits erste Forderungen übermitteln, der am 12. April in Brüssel tagende Europaausschuss bereitete schließlich

ein Positionspapier zum Thema ländliche Räume in Europa vor. Dieses enthält 9 Forderungen an die europäische und österreichische Politik zur Neugestaltung der entsprechenden Politikbereiche nach 2013.

#### Öffentliches Auftragswesen

In diesem Bereich nahm das Büro Brüssel an den Sitzungen des RGRE-Vergaberechtsausschusses mit den Schwerpunktthemen Konzessionen und öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit teil. Im Berichtszeitraum wurde vom EU-Parlament der für die Gemeinden positiv zu bewertende Initiativbericht über neue Entwicklungen im öffentlichen Auftragswesen verabschiedet, die EU-Kommission führte Konsultationen zu Konzessionen und den Beihilferegulungen für Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse durch und der ehemalige Wettbewerbskommissar Mario Monti stellte seinen Bericht für eine neue Binnenmarktstrategie vor.

Ende des Jahres 2010 veröffentlichte die EU-Kommission die sog. Binnenmarktakte, kurz darauf folgte das Grünbuch zur Revision der Vergaberichtlinien. Der Gemeindebund beteiligte sich an der Grünbuchkonsultation, die darin eingenommenen Positionen werden auch gegenüber den EU-Institutionen im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsprozesses vertreten.

## 6. Gemeinsamer Europatag mit dem DStGB am 11. April 2011 in Brüssel

Die oben genannten Themen wurden intensiv im Rahmen des gemeinsamen Europatages mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund erörtert.

Schon auf Ebene der Europabüros ist die Kooperation mit dem deutschen Partnerverband sehr eng, in den Bereichen öffentliches Auftragswesen und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse wurden gemeinsame Positionspapiere verabschiedet.

Die versammelten EU-Ausschussmitglieder des österreichischen und deutschen Spitzenverbandes nutzten den Europatag und ihre Anwesenheit in Brüssel, um vor allem die erfolgreiche Kontaktpflege mit Mandatären des EU-Parlamentes über diese Themen zu intensivieren. Die Sitzung wurde von den beiden Ausschussvorsitzenden, Bgm. Christian Strunk aus Xanten in Nordrhein-Westfalen und Präsident LABg. Bgm. Rupert Dworak aus Ternitz, geleitet.

Die niederösterreichische EU-Abgeordnete Karin Kadenbach gab einen Überblick über ihre Tätigkeit in den Ausschüssen für Regionalpolitik, Landwirtschaftspolitik und Umweltpolitik, wobei sie insbesondere auf den ländlichen Raum einging. Beim Zusammentreffen mit der

MEP Heide Rühle aus Baden-Württemberg konnte man beobachten, wie emotional behaftet das Vergaberecht sein kann. Rühle ist ausgewiesene Kennerin des Vergaberechts im Europaparlament, sie ging auf ihren Initiativbericht aus dem letzten Jahr ein und stellte ihre Überlegungen zum aktuellen Grünbuch zur Revision der Vergaberichtlinien vor. Schließlich hatte der Europatag noch Gelegenheit, mit Sabine Verheyen zu diskutieren.

Verheyen gab einen Überblick über mehrere Themenbereiche, eine heftige Debatte wurde zur Frage der Breitbandanbindung im ländlichen Raum geführt.

### **Europaausschuss des Österreichischen Gemeindebundes**

Neben einer Sitzung am 20. September 2010 tagte der Europaausschuss am 12. April 2011 in Brüssel. Dabei befasste er sich mit dem ländlichen Raum, denn diesen Sommer wird die EU-Kommission ihre Vorschläge für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen sowie die künftige Gestaltung der großen Politikbereiche vorlegen. Der Gemeindebund hat dazu eine Position ausgearbeitet, um seiner Rolle als Interessensvertreter auch in Brüssel gerecht werden zu können. Überdies diskutierte der Ausschuss mit einem für den Gemeindebund schon immer wichtigen Partner im EU-Parlament. Othmar Karas stand dem Europaausschuss in der Ständigen

Vertretung Österreichs Rede und Antwort und sprach sich für eine ehrliche Europapolitik aus, zu welcher auch kommunale Entscheidungsträger beitragen können, indem sie mithelfen, Europapolitik nicht gegen die Innenpolitik auszuspielen.

### **Ausschuss der Regionen**

Personell gab es mit Jahresende 2010 eine Änderung in der Vertretung des Gemeindebundes. Gf. GR Hannes Weninger wurde als Nachfolger von Marianne Fögl nominiert und übt diese Funktion aufgrund der Vereinbarung mit dem Städtebund vorerst als Stellvertreter aus. Erwin Mohr übergab den Sitz im AdR-Präsidium an Bgm. Heinz Schaden und fungiert die nächsten 2 ½ Jahre als Vertreter ad personam.

Mohr war im Berichtszeitraum auch österreichischer Vertreter in der ad-hoc Kommission über die zukünftige Zusammensetzung des AdR. Diese Gruppe soll einen Vorschlag zur Mandatsverteilung gemäß den Bestimmungen des Vertrages von Lissabon erarbeiten. Der Vertrag von Lissabon sieht eine Obergrenze von 350 AdR-Mitgliedern vor, welche bei den nächsten EU-Erweiterungen überschritten würde. Derzeit hat der Ausschuss der Regionen 344 Mitglieder. Die Resolution zur zukünftigen Zusammensetzung des AdR wurde Anfang Oktober verabschiedet und stellt eine unverbindliche Empfehlung für Rat und

Kommission dar. Die Position der kleinen und mittleren Staaten wird in dieser Empfehlung gewahrt, insbesondere wird ein Vergleich mit dem Sitzverteilungsschlüssel des EU-Parlamentes klar abgelehnt.

### **RGRE**

Abgesehen vom ständigen Kontakt zwischen dem Brüsseler Büro des Gemeindebundes und dem RGRE war der Gemeindebund bei folgenden politischen Terminen vertreten:

Hauptausschusssitzung in Luxemburg, Dezember 2010: Wahlen des Präsidiums, Bgm. Schuster aus Stuttgart löst Bgm. Häupl als RGRE-Präsident ab, GR Erwin Mohr wird Mitglied im Exekutiv Ausschuss. Teilnahme: Bgm. Arnold Marbek, GR Erwin Mohr.

### **KGRE**

Von 27.-29. Oktober 2010 fand die Herbstsession des KGRE statt, in welcher der Kongress neu zusammengesetzt und die Führungspersönlichkeiten gewählt wurden. An dieser wichtigen Sitzung nahmen seitens des Gemeindebundes GR Erwin Mohr und NR Hannes Weninger teil, der Vorsitzende der österreichischen Delegation, LT-Präs Dr. Herwig van Staa wurde zum Vorsitzenden der regionalen Kammer gewählt, Kongresspräsident wurde der britische Liberale Keith Whitmore.

## VII. Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Der Österreichische Gemeindebund ist ein wichtiges Sprachrohr der Kommunen in der Öffentlichkeit. Der öffentliche Druck hilft mit, die Interessen der heimischen Gemeinden auch gegenüber der Bundespolitik zu vertreten und durchzusetzen. Die Zeit seit dem Gemeindetag im Herbst 2010 war in dieser Hinsicht für

die Gemeinden und seine Interessensvertretung voller großer Herausforderungen. Die finanziell schwierige Lage hat zu stark erhöhter Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit geführt, insbesondere die Gemeindefinanzen waren häufig Themen der Schlagzeilen in den großen Medien des Landes. Dem entsprechend hoch war auch die mediale Präsenz des Gemeindebundes, vor allem seines Präsidenten Bgm. Helmut Mödlhammer. Zahlreiche Auftritte in „Zeit im Bild“-Sendungen, Informationsmagazinen in Fernsehen und Radio waren zu absolvieren. Ebenso stand Mödlhammer fast täglich für Auskünfte in allen Online- und Printmedien des Landes zur Verfügung.

Grundsätzlich informiert der Gemeindebund regelmäßig und aktuell mittels Aussendungen, Pressegesprächen und –konferenzen sowie den Organen des Österreichischen Gemeindebundes, der Homepage [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at), der Fachzeitschrift „Kommunal“ und auf [www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at), der Web- und

E-Government-Plattform der österreichischen Gemeinden. Der Betrieb von zwei eigenen Teletext-Seiten auf ProSieben Austria (Seite 752 und 753) ist ergänzender Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit.

Darüber hinaus organisiert der Gemeindebund auch selbst zahlreiche Veranstaltungen zur Imagebildung oder beteiligt sich daran. Gemeinsame Kampagnen mit Partnern (Bundesministerien, Fonds Gesundes Österreich, Kuratorium für Verkehrssicherheit, ÖWAV, Klimabündnis etc.) tragen zu dieser positiven Imagebildung bei. Um sich bei einigen wenigen Wettbewerben umso intensiver einbringen zu können, hat der Gemeindebund seine Rolle als Partner an Wettbewerben in den letzten beiden Jahren stark eingeschränkt. Die Vielzahl an Wettbewerben für Gemeinden auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene ist inzwischen inflationär und führt oft zu geringer Beteiligung der Gemeinden.

### ***Pressekonferenzen und Pressemitteilungen***

Die Pressearbeit des Österreichischen Gemeindebundes ist von großer Vielfalt. Den wichtigsten Teil dieser Arbeit stellen die Kontakte zu Journalisten und regelmäßige Presseaussendungen und –konferenzen dar. Über die Austria Presse Agentur (APA) haben tausende Journalisten, Institutionen und Pressestellen



Zugang zu Informationen des Gemeindebundes, fast 900 Journalisten in ganz Österreich werden darüber hinaus regelmäßig per E-Mail und Newsletter über die Aktivitäten und Positionen des Gemeindebundes informiert. Dieser Aufwand schlägt sich in den Medien deutlich sichtbar nieder. Der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes war im Jahr 2010 erneut medial präsenter als im Jahr davor. Nahezu täglich nimmt er in Print- und digitalen Medien Stellung zu gemeinderelevanten Themen. Dabei steht der Gemeindebund nicht nur unter starker Beobachtung der politischen Eliten des Landes, sondern zunehmend auch unter dem Druck einer breiten Öffentlichkeit.

Mit der zunehmenden Häufigkeit öffentlicher Auftritte und Äußerungen wächst auch die Bedeutung des Gemeindebundes auf den politischen Handlungsfeldern. Gerade im Jahr 2010 gab es viele Themen, die der Öffentlichkeit ausgesprochen schwierig zu kommunizieren waren.

Auffällig dabei ist, dass nicht nur die aktive Pressearbeit – also auf Initia-

tive des Gemeindebundes – stark zunimmt, noch stärker sind die Zuwächse bei direkten Anfragen der Medien an den Gemeindebund.

Erfreulicherweise ist es zum Usus geworden, in gemeinderelevanten Fragen den Gemeindebund zu kontaktieren, bevor ohne tiefere Recherche berichtet wird.

Alle Pressemeldungen und –unterlagen des Gemeindebundes stehen jeweils am gleichen Tag auf der Homepage [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at) zur Verfügung. Zusätzlich stellt der Gemeindebund auf seiner Homepage Audio-O-Töne zur Verfügung, die vor allem von regionalen Radiostationen sehr intensiv genutzt werden.

Zweifelloos ist der jährlich stattfindende Österreichische Gemeindetag, der 2010 in der steirischen Landeshauptstadt Graz abgehalten wurde, auch für die Öffentlichkeitsarbeit des Gemeindebundes eine besondere Herausforderung, die in bester Zusammenarbeit mit dem Steiermärkischen Gemeindebund bewältigt wurde.

### **Wettbewerbe**

Preis der Kommunen – Wissenschaftspreis Zum insgesamt achten Mal wurde 2010 der „Preis der Kommunen“

in Partnerschaft mit dem Städtebund vergeben. Seit 2010 wird die Ausschreibung und Organisation weitgehend von der Kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft (KWG) übernommen, deren Gründung vom Gemeindebund initiiert worden war. Die Überreichung der Preise in verschiedenen Kategorien erfolgte im Rahmen des wissenschaftlichen Symposiums zur Haftung von Bürgermeistern und Gemeindeorganen im Innenministerium im November 2010.

Der Wettbewerb richtet sich an Nachwuchswissenschaftler sämtlicher Studienrichtungen an Universitäten und Fachhochschulen. Eingereicht werden können alle Diplom- oder Dissertationsarbeiten, die von kommunaler Relevanz sind. In Summe ist dieser Preis mit 7.000 Euro dotiert. Dabei wurden sechs junge Wissenschaftler für ihre Arbeiten ausgezeichnet.

Die Dissertation von **DI Dr. Karl Michael HÖFERL**, die mit einem Geldpreis von 1.500 Euro ausgezeichnet wurde, steht unter dem Thema „Von der Gefahrenabwehr zur Risikokultur – Diskurse zum raumplanerischen Umgang mit Hochwasser in (Nieder-)Österreich“. In seiner Arbeit untersucht Höferl die Fortschritte und Veränderungen in der Raumplanung zwischen 1990 und 2009 im Zusammenhang mit Hochwasser-Ereignissen.

Ebenfalls eine Dissertation hatte **DDr. Hermann PEYERL, LL.M.**, eingereicht. Sie steht unter dem Titel „Die Katastrophe im Steuerrecht“, womit natürlich nicht das Steuerrecht selbst gemeint ist, sondern der Umgang mit Katastrophenergebnissen in steuerrechtlicher Hinsicht.

**Mag. Marlene BURTSCHER** wiederum hat ihre Diplomarbeit zum Wettbewerb eingereicht. Diese Arbeit ist eine direkte Folge des Gemeindebund-Symposiums 2009 und trägt den Titel „Die Rolle der Gemeinde im Schul- und Kindergartenwesen unter besonderer Berücksichtigung des verpflichtenden Gratiskindergartenjahres“.

**Mag. (FH) Gertrude FELSBERGER**, Absolventin der Fachhochschule Kärnten, befasste sich in ihrer Diplomarbeit mit der Reform des Bundeshaushaltsrechtes 2009 und den daraus resultierenden Reformansätzen für das Gemeindehaushaltsrecht.

„Verwaltungsstruktur und Stadtplanung. Behörden der planenden Verwaltung als Organisationen und Planungstheorie als Quelle von Institutionen im Sinne der neoinstitutionalistischen Organisationstheorie“. Das ist der - zugegeben - etwas sperrige Titel der Diplomarbeit von **DI Felix STERNATH**, die sich mit der Darstellung der Vorzüge der neoinstitutionalistischen Organisationstheorie im Hinblick auf die Planungstheorie, die Pla-

nungspraxis und die Planungsausbildung beschäftigt.

Last but not least wurde die Diplomarbeit von **Mag. (FH) Tamara WINKLER** ausgezeichnet, die sich dem Thema „Die Einführung der dualen Zustellung im Rahmen der Leitinitiative E-Government-Referenzstädte“ widmet. In dieser Arbeit wird das Einsparungspotential bewertet, das kommunale Verwaltungen aus der Einführung der dualen Zustellung gewinnen können.

#### „Verkehrssicherheitspreis 2010“

Das Thema der Verkehrssicherheit ist dem Österreichischen Gemeindebund ein wichtiges Anliegen. Dies belegen zahlreiche Aktionen und Kampagnen, die der Gemeindebund selbst oder in Kooperation mit Partnern durchgeführt hat. Zwei Drittel aller Straßen Österreichs sind Gemeindestraßen. Die Hälfte bzw. mit Wien zwei Drittel aller Verkehrsunfälle mit Personenschaden ereignen sich im Ortsgebiet, die Anzahl der getöteten Kinder ist um 50 Prozent gestiegen. Mit



der Vergabe des „Verkehrssicherheitspreis 2011 - Aquila“, eine Kooperation des Gemeindebundes mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV), werden besonders engagierte Projekte von Gemeinden vor den Vorhang geholt und ausgezeichnet. Rund 20 Gemeinden haben 2010 ihre Projekte eingereicht, einige davon wurden ausgezeichnet.

#### „Klimaschutzgemeinde Österreichs 2010“

Dieser Wettbewerb war relativ neu im Portfolio des Gemeindebundes und wurde 2008 zum ersten Mal vergeben. In Partnerschaft mit dem Lebensministerium, dem Verbund-Konzern und der Kronenzeitung hat der Gemeindebund damit auf die zunehmende Wichtigkeit von Klimaschutzmaßnahmen in den Gemeinden reagiert.

Rund 100 Gemeinden haben 2010 ihre Projekte eingereicht. In einer glanzvollen Gala im Wiener Konzerthaus wurden im Oktober 2010 in drei Kategorien ausgezeichnet. Die Kategorien unterteilten sich in drei Größenklassen von Gemeinden. In der Kategorie der kleinen Gemeinden trug das steirische Auersbach den Sieg davon, bei den mittelgroßen Gemeinden gewann die Gemeinde Murau, bei den großen Gemeinden und Gemeindeverbänden waren die Thalgaauer (Sbg) mit ihrem Klimaschutzprogramm erfolgreich. Die Freude war bei den Siegern riesig, auch die



zweit- und drittplatzierten Gemeindevertreter strahlten, denn jede Gemeinde unter den Top-Drei ihrer Kategorie, erhielt neben dem Preisgeld auch ein nagelneues Elektrofahrrad überreicht.

Die Zukunft dieses Preises ist, nicht zuletzt auch aufgrund der hohen Sponsoren-Aufwendungen dafür, noch Gegenstand von Verhandlungen. Derzeit wird die Zusammenlegung mit dem Klimaschutzpreis des ORF diskutiert.

#### Publikationen

Den Weg, mit Publikationen in Form von Broschüren und Büchern Österreichs Kommunen und die Öffentlichkeit zu informieren, geht der Österreichische Gemeindebund konsequent und erfolgreich weiter.

#### KOMMUNAL – offizielles Fachmagazin

KOMMUNAL, das offizielle Organ des Österreichischen Gemeindebundes und größtes Fachmagazin für Österreichs

Gemeinden, liefert seit vielen Jahren Monat für Monat unverzichtbare kommunale Fachinformationen aus erster Hand. Die 35.000 wichtigsten kommunalen Entscheidungsträger lesen KOMMUNAL nicht nur, sondern brauchen die Inhalte des Magazins für ihre tägliche Arbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Das KOMMUNAL ist als Sprachrohr und offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes ausschließlich den Interessen der Gemeinden verbunden, und zwar unabhängig von parteipolitischen Konstellationen.



#### RFG, Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden – Fachzeitschrift in Kooperation mit MANZ

Als Ergänzung zum bewährten offiziellen Organ „KOMMUNAL“ hat der Gemeindebund in den letzten Jahren eine höchst erfolgreiche wissenschaftliche Publikationsschiene aufgebaut. Die im Traditionsverlag MANZ erscheinende Fachzeitschrift RFG (Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden) bündelt mit der Schriftenreihe, Büchern sowie

Kongressen und Symposien alle relevanten Fachinformationen für Gemeinden. Fachexperten bieten zusammen mit Autoren aus der Gemeindepraxis seit 2003 verständliche Informationen, die in der täglichen Arbeit umgesetzt werden können. Mehr als die Hälfte aller Gemeinden nützt bereits dieses erfolgreiche Serviceangebot, um sich mit rechtssicherer Information zu versorgen. Seit Februar 2004 sind auch alle Beiträge der RFG in der Rechtsdatenbank (RDB) enthalten und abrufbar.

**Schriftenreihe RFG – Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden**

Eine wichtige Säule im RFG-Informationspaket, dem „Paket“ speziell für die Gemeinden, das Wissenschaft und Praxis gleichermaßen vereint, bleibt weiterhin die bekannte Schriftenreihe, die ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem Verlag MANZ erscheint. Im Jahr 2010 sind insgesamt fünf Bände erschienen, im Jahr 2011 bislang zwei Bände. Die Themenbereiche sind breit gestreut und entsprechen den Bedürfnissen der Gemeindepraxis.



Die bisher erschienenen Bände der „Schriftenreihe Rechts- und Finan-

zierungspraxis der Gemeinden“ des Jahres 2011 in Kürze:

- Band 1/2011: Martin Zechner, **Strategische Kommunikationspolitik als Erfolgsfaktor für Gemeinden**
- Band 2a/2011: Robert Hink/Dietmar Pilz, **Die Geschichte letzten 25 Jahre des Finanzausgleichs**

Alle Ausgaben der RFG-Schriftenreihe des Jahres 2011 (und alle Ausgaben seit 2001) stehen auch in digitaler Form auf [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at) zum Download zur Verfügung.

**www.gemeindebund.at**

Die ständig steigenden Zugriffe auf die Seite [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at) beweisen einerseits, dass das Interesse an kommunalen Themen steigend ist und andererseits auch, dass die Homepage auf modernstem Stand ist und sich leicht und übersichtlich bedienen lässt. Die Möglichkeit Artikel zu bewerten, erfreut sich dauerhaft großer Beliebtheit und ist für den Gemeindebund ein wichtiger Indikator, 130.000 Menschen haben dieses Instrument 2010 in Anspruch genommen. Das Angebot, Neuigkeiten auch per RSS-Feed zu abonnieren wird hervorragend angenommen. Interessierte Nutzer können sich online für einen Newsletter eintragen, der rund zwei Mal monatlich über die wichtigsten kommunalen Themen informiert. Inzwischen haben



mehr als 5.000 Personen dieses Service abonniert. Durch den technischen Ausbau der digitalen Infrastruktur verfügt der Gemeindebund auch über die Möglichkeiten Online-Umfragen über seine Homepage durchzuführen.

**www.kommunalnet.at**

Das Arbeits- und Informationsportal der österreichischen Gemeinden [www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at) konnte den im Jahr 2009 erfolgreich eingeschlagenen Kurs weiter fortsetzen. Stand das Jahr 2009 noch im Zeichen der Konsolidierung, konnte kommunalnet im Jahr 2010 in allen Bereichen stark wachsen. Die Anzahl Gemeinden und der User pro Gemeinde ist ebenfalls gewachsen. Diese Entwicklung ist das Resultat aus dem ständig wachsenden Informations- und Serviceangebot und der kontinuierlichen Ausweitung der behördlichen und privatwirtschaftlichen Anwendungen. Kommunalnet.at wächst nicht nur laufend, es entwickelt sich auch permanent. Daher wird das Portal im Jahr 2011 um einige

Funktionalitäten des Web2.0 erweitert und auch visuell adaptiert. Neben Aktualität und noch mehr Anwenderfreundlichkeit wird im Jahr 2011 eine neue Plattform auf [kommunalnet.at](http://kommunalnet.at) bereitgestellt auf der sich alle Gemeindebediensteten – natürlich auch politische Mandatäre – über die vielfältigen kommunalen und regionalen Themen austauschen können. Ziel ist dabei eine aktive Community zu entwickeln, die Know- und vor allem auch Do-How austauscht und sich über die Gemeinde-, Bezirks- und Landesgrenzen hinaus vernetzt.



**www.gemeindetag.at**

Über die Internet-Seite [www.gemeindetag.at](http://www.gemeindetag.at) wurde auch 2011 die gesamte Anmeldung für den 58. Österreichischen Gemeindetag in Kitzbühel abgewickelt. Anmeldung und Hotelreservierung waren ausschließlich über diese Seite möglich. Diese Adresse wird jedes Jahr an den durchführenden Landesverband weitergegeben, auch das Anmeldeprogramm kann jedes Jahr vom jeweiligen Veranstalter genutzt werden, weil der Ge-

meinebund dafür die dauerhafte Lizenz erworben hat.



### Der Gemeindebund und seine Gemeinden im Teletext

Seit Herbst 2005 ist der Österreichische Gemeindebund auch in einem ungewöhnlichen Medium vertreten, dem Teletext von ProSieben Austria. Dem Gemeindebund stehen dort zwei

Teletextseiten zur Verfügung, es handelt sich um die Seiten 752 und 753, die er selbst mit Inhalten befüllen kann. Dies geschieht im Durchschnitt im Wochenrhythmus, d.h. jede Woche gibt es zwei neue Meldungen, die für alle Bürgerinnen und Bürger österreichischer Gemeinden relevant sind. Darüber hinaus können bis zu 300 österreichische Gemeinden auch eine Teletext-Seite bei ProSieben in Anspruch nehmen. Ab der Seite 750 sind alle weiteren Seiten für die heimischen Gemeinden reserviert. Jede einzelne Seite hat bis zu fünf Unterseiten (Rollseiten), die von den Gemeinden direkt mit Inhalten (Berichte, Veranstaltungshinweise, etc.) befüllt werden können. Bisher haben rund 80 Gemeinden eine entsprechende Vereinbarung mit ProSieben Austria unterzeichnet und ihre Seiten in Betrieb genommen.

## VIII. Gemeindebund intern

### Aufgaben des Gemeindebundes

Die Aufgaben des Österreichischen Gemeindebundes sind einerseits in den Aufträgen des österreichischen Bundes-Verfassungsgesetzes und andererseits vom Statut des Vereins definiert. Der Gemeindebund hat daher nicht nur den Auftrag, als verfassungsrechtlich verankerte Interessensvertretung der österreichischen Gemeinden zu agieren, sondern er vertritt als Dachverband im Wege seiner Landesverbände 2.345 österreichische Gemeinden.

Aus diesem Selbstverständnis des Österreichischen Gemeindebundes wird das jährliche Arbeitsprogramm von den vereinsrechtlich verankerten Organen beschlossen. Eine schlagfertige und wendige Interessensvertretung muss jedoch auch auf aktuelle politische und sozio-ökonomische Entwicklungen reagieren können. So war der Gemeindebund zum Beispiel besonders durch das Hereinbrechen der Finanz- und Wirtschaftskrise oder der Neubildung der Bundesregierung gefordert, kommunale Themen und Positionen in die bundes- und europaweite Diskussion einzubringen.

### Interne Struktur des Österreichischen Gemeindebundes

Organe des Gemeindebundes laut Statut von 2007 sind der Präsident, das Präsidium und der Bundesvorstand. Zur Beratung der Organe wurden folgende Ausschüsse eingesetzt: Europaausschuss, Finanzausschuss, Gesundheits- und Sozialausschuss, Rechtsausschuss, Strukturausschuss, Tourismusausschuss, Umweltausschuss.

Das Generalsekretariat mit Sitz in Wien und Brüssel führt die laufenden Geschäfte unter der Leitung des Generalsekretärs. Als Interessensvertretung der Gemeinden wird der Österreichische Gemeindebund auf nationaler und internationaler Ebene tätig, er nimmt an Terminen in zahlreichen gesetzlich eingerichteten Gremien teil und pflegt die Kontakte zu allen Ministerialressorts, Dienststellen der EU und vielen Organisationen, wobei er in mehr als 60 formellen Gremien und Ausschüssen auf Bundesebene vertreten ist und jährlich hunderte Termine wahrnimmt. Die Ergebnisse des Finanzausgleiches zeigen, dass es hierbei um existenzielle Entscheidungen für die Gemeinden geht, unter anderem um die Verteilung von Finanzmitteln in der Höhe von vielen hundert Millionen Euro.

Die Organe und Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes (Stand per 11.5.2011):

#### **Präsident:**

Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer

#### **1. Vizepräsident:**

Präs. LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl

#### **2. Vizepräsident:**

Präs. LABg. Bgm. Rupert Dworak

Mitglieder des Präsidiums sind neben Präsident und Vizepräsidenten die Obmänner der Landesverbände:

Präs. LAbg. Bgm. Leo Radakovits  
 Präs. Bgm. Ernst Schmid  
 Präs. Bgm. Ferdinand Vouk  
 Präs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer  
 Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger  
 Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf  
 Präs. Bgm. Mag. Harald Sonderegger

#### **Weitere Mitglieder des Präsidiums:**

Generalsekretär Dr. Robert Hink  
 Bgm. a.D. Erwin Mohr  
 LAbg. Bgm. Johannes Peinsteiner  
 GGR Abg. z. NR Hannes Weninger

#### **Bundsvorstand:**

#### **Mitglieder Burgenland:**

Präs. LAbg. Bgm. Leo Radakovits  
 VPräs. Bgm. Johann Schumich

Präs. Bgm. Ernst Schmid  
 VPräs. Bgm. Matthias Gelbmann

#### **Mitglieder Kärnten:**

Präs. Bgm. Ferdinand Vouk  
 VPräs. Bgm. Valentin Happe  
 VPräs. Bgm. Arnold Marbek  
 VPräs. Abg. z. NR Bgm. Maximilian Linder  
 VPräs. a.D. Bgm. a.D. Vinzenz Rauscher

#### **Mitglieder Niederösterreich:**

Präs. LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl  
 VPräs. LAbg. Bgm. Karl Moser  
 VPräs. DI Johannes Pressl  
 Bgm. Michaela Walla  
 Bgm. Kurt Jantschitsch  
 Bgm. Otto Huslich  
 Bgm. Manfred Marihart  
 LAbg. Bgm. Ingeborg Rinke  
 Bgm. Karl Stangl

Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak  
 VPräs. LR a.D. Bgm. Fritz Knotzer  
 Mag. Ewald Buschenreiter  
 Marianne Fühl  
 Bgm. Maurice Androsch  
 LAbg. VBgm. Mag. Karin Renner

#### **Mitglieder Oberösterreich:**

Präs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer  
 VPräs. Bgm. Peter Oberlehner  
 VPräs. Bgm. Fritz Kaspar  
 Bgm. Mag. Walter Brunner  
 Bgm. Johann Holzmann  
 Bgm. Hans Meyr  
 Bgm. Ing. Josef Moser  
 LAbg. Bgm. Johannes Peinsteiner  
 Abg. z. NR Bgm. Rosemarie Schönpass  
 Bgm. Mag. Anton Silber  
 Bgm. Kons. Karl Staudinger  
 Bgm. Johann Weirathmüller

#### **Mitglieder Salzburg:**

Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer  
 VPräs. Bgm. Peter Mitterer  
 Bgm. Rudolf Lanner  
 Bgm. BR Ludwig Bieringer  
 Bgm. Wolfgang Eder

#### **Mitglieder Steiermark**

Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger  
 VPräs. Bgm. Reinhard Reisinger  
 Bgm. Robert Hammer  
 Bgm. Engelbert Huber  
 Bgm. Heinz Jungwirth  
 LAbg. Bgm. Karl Lackner  
 Bgm. Dir. Karl Pack  
 Bgm. Erwin Puschenjak  
 Bgm. Manfred Seebacher  
 Bgm. Christoph Stark  
 Bgm. Johann Urschler  
 Bgm. Gerhard Weber

#### **Mitglieder Tirol:**

Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf  
 VPräs. Bgm. Günter Fankhauser  
 VPräs. Bgm. Edgar Kopp  
 VPräs. Bgm. Rudolf Nagl  
 Bgm. Ing. Rudolf Puecher  
 Bgm. Aurel Schmidhofer  
 Bgm. Johann Schweigkofler

#### **Mitglieder Vorarlberg:**

Präs. Bgm. Mag. Harald Sonderegger  
 VPräs. Bgm. DI Wolfgang, Rümmele  
 VPräs. Bgm. Harald Köhlmeier  
 Bgm. Mag. Elisabeth Wicke

#### **Rechnungsprüfer:**

Bgm. Johann Oberlerchner  
 Bgm. a.D. Reinhold Fiedler  
 Bgm. a.D. Dir. Hans Rauscher



#### **Das Generalsekretariat des Gemeindebundes**

Die personelle Besetzung der Büros in Wien und in Brüssel präsentierte sich im Jahr 2010 bisher wie folgt:

#### **LEITUNG**

Generalsekretär Dr. Robert HINK  
 Österreichischer Gemeindebund  
 Löwelstraße 6, 1010 Wien  
 Tel.: 01/5121480, Fax: 01/5121480-72  
 E-mail: oesterreichischer@gemeindebund.gv.at

#### **GENERALSEKRETARIAT-WIEN**

Mag. Nicolaus Drimmel (Stellvertreter des Generalsekretärs, Leiter Sachbearbeiter)  
 Mag. Bernhard Haubenberger  
 (jurist. Sachbearbeiter)  
 Konrad Gschwandtner, BA.  
 (jurist. Sachbearbeiter)  
 Mag. Anna Nödl-Ellenbogen (Projekte, Audit familienfreundliche Gemeinde)  
 Petra Stossier  
 (Büroleitung, Terminkoordination)  
 Beate Bauer  
 (Finanz- und Personaladministration)  
 Blerta Arifi (Sekretariat)  
 Sonja Wrona (Sekretariat)  
 Daniel Kosak  
 (Leiter Presse und Kommunikation)  
 Carina Rumpold (Redaktion)  
 Sabrina Neubauer (Sekretariat Presse)

#### **GENERALSEKRETARIAT AUSSENSTELLE BRÜSSEL**

Avenue de Cortenberg 30, 1040 Brüssel  
 Tel.: +32 (2) 28 20 680, Fax: +32 (2) 28 20 688  
 E-Mail: oegemeindebund@skynet.be

Mag. Daniela Fraiß (Leiterin Büro Brüssel)  
 Sybille Schwarz (Sekretariat)

*Die Landesverbände des Österreichischen Gemeindebundes*



**Burgenländischer Gemeindebund**  
 Präs. LAbg. Bgm. Leo RADAKOVITS  
 LGf. LAbg. Mag. Thomas STEINER  
 Ing. Julius Raab Strasse 7/1, 7000 Eisenstadt  
 Tel.: 02682/799 34 oder 799 35,  
 Fax: 02682/799 36  
 e-mail: post@gemeindebund.bgld.gv.at



**Gemeindevertreterverband der Volkspartei NÖ**  
 Präs. LAbg. Bgm. KommR Mag. Alfred RIEDL  
 LGf. Mag. Christian SCHNEIDER  
 Ferstlergasse 4, 3100 St. Pölten  
 Tel.: 02742/9020-800,  
 Fax: 02742/9020-880  
 e-mail: office@vp-gvv.at



**Salzburger Gemeindeverband**  
 Präs. Bgm. Helmut MÖDLHAMMER  
 Dir. Dr. Martin HUBER  
 Alpenstraße 47, 5020 Salzburg  
 Tel.: 0662/622 325-0,  
 Fax: 0662/622 325-16  
 e-mail: gemeindeverband@salzburg.at



**Vorarlberger Gemeindeverband**  
 Präs. Bgm. Mag. Harald SONDEREGGER  
 LGf. Dr. Otmar MÜLLER und Peter JÄGER  
 Marktstraße 51, 6850 Dornbirn  
 Tel.: 05572/554 51  
 Fax: 05572/554 51-93  
 e-mail: vbg.gemeindeverband@gemeindehaus.at



**Verband sozialdem. Gemeindevertreter im Burgenland**  
 Präs. Bgm. Ernst SCHMID  
 LGf. Mag. Herbert MARHOLD  
 Permyerstraße 2, 7000 Eisenstadt  
 Tel.: 02682/775 255 oder 775 254,  
 Fax: 02682/775 294  
 e-mail: gvvgld@spoe.at



**Verband der sozialdem. Gemeindevertreter in NÖ**  
 Präs. LAbg. Bgm. Rupert DWORAK  
 LGf. Mag. Ewald BUSCHENREITER  
 Bahnhofplatz 10, Postfach 73, 3100 St. Pölten  
 Tel.: 02742/313 054,  
 Fax: 02742/313 054-20  
 e-mail: office@gvvnoe.at



**Steiermärkischer Gemeindeverband**  
 Präs. LAbg. Bgm. Erwin DIRNBERGER  
 LGf. Mag. Dr. Martin OZIMIC  
 Burgring 18, 8010 Graz  
 Tel.: 0316/822 079  
 Fax: 0316/810 596  
 e-mail: post@gemeindebund.steiermark.at



**Kärntner Gemeindebund**  
 Präs. Bgm. Ferdinand VOUK  
 LGf. Mag. Stefan PRIMOSCH  
 Gabelsberger Straße 5/1, 9020 Klagenfurt  
 Tel.: 0463/55 111,  
 Fax: 0463/55 111-22  
 e-mail: gemeindebund@ktn.gde.at



**Oberösterreichischer Gemeindebund**  
 Präs. LAbg. Bgm. Johann HINGSAMER  
 LGf. HR Dr. Hans GARGITTER  
 Coulinstraße 1, 4020 Linz  
 Tel.: 0732/656 516,  
 Fax: 0732/651 151  
 e-mail: post@ooegemeindebund.at



**Tiroler Gemeindeverband**  
 Präs. Bgm. Mag. Ernst SCHÖPF  
 LGf. Dr. Helmut LUDWIG  
 Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck  
 Tel.: 0512/587 130  
 Fax: 0512/587 130-14  
 e-mail: tiroler@gemeindeverband.tirol.gv.at





Die Interessensvertretung  
für Österreichs Gemeinden

[www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at)